

Von Flüchtlingen zu Nachbarn – Zusammenleben gesundheitsfördernd gestalten

Tagungsband der 18. Österreichischen
Gesundheitsförderungskonferenz, Linz 2016



Fonds Gesundes
Österreich

Von Flüchtlingen zu Nachbarn – Zusammenleben gesundheitsfördernd gestalten

Tagungsband der 18. Österreichischen
Gesundheitsförderungskonferenz, Linz 2016

IMPRESSUM

Herausgeber:

Fonds Gesundes Österreich, ein Geschäftsbereich
der Gesundheit Österreich GmbH

Redaktion: Ing. Petra Gajar, Anna Krappinger MA,
Mag. Dr. Verena Zeuschner (Fonds Gesundes Österreich)

Gestaltung: Mag. Petra Winkler (Fonds Gesundes Österreich),
paco.Medienwerkstatt, Wien

Download unter www.fgoe.org

Wien 2017



Inhalt

Einleitung	5
Konferenzprogramm	6
Parallele Workshops	8
PLENUM	10
Flucht und Integration im Überblick – internationale Zahlen, Daten und Fakten	10
Fakten statt Hörensagen – die Situation in Österreich	13
Projekt „FlÜGGGE“ – Flüchtlinge in Gesellschaften und Gemeinden	16
Wie Gemeinden das Zusammenleben erfolgreich gestalten – Bürgermeister/innen berichten ..	19
Offenes Handbuch für Gemeinden – Good Practice für die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen	22
WORKSHOP-REIHEN	23
Workshop 1: Die (neuen) Herausforderungen für die Ehrenamtlichen	23
Zahlen, Daten, Fakten und Erfahrungen	23
Freiwilliges Engagement – Erfahrungen im Rahmen von RegionalCaritas	25
Workshop 2: Kind ist Kind?! Geflüchtete Kinder und Jugendliche	27
Zahlen, Daten, Fakten und Erfahrungen	27
sport.your.space	29
Workshop 3: WissensWERTEs über Integration	31
Zahlen, Daten und Fakten und Erfahrungen und Wissenswertes	31
Workshop 4: Zusammenleben in Familie und Nachbarschaft	34
Zahlen, Daten, Fakten und Erfahrungen	34
Audit familienfreundliche Gemeinde: Der kommunalpolitische Prozess für österreichische Gemeinden, Marktgemeinden und Städte zum attraktiven Lebensraum für alle Generationen	36
Workshop 5: Herausforderungen der gesundheitlichen Versorgung von Migrantinnen und Migranten	38
Zahlen, Daten, Fakten und Erfahrungen – Flucht und Migration aus Sicht der sozialen Krankenversicherungen	38
Herausforderungen und Antworten für die gesundheitliche Versorgung aus Sicht der OÖGKK ..	39
RAHMENPROGRAMM	41
Cafe Nachbarschaften	41
Tabakpräventionsinitiative – Infostand	42
ÖPGK (Österreichische Plattform Gesundheitskompetenz) Infostand	44
Derwisch erzählt	45
Kunstwerke von Geflüchteten – OÖ Plakatwanderausstellung	45
TAGUNGSMODERATION	46
MODERATORINNEN WORKSHOPS	46
REFERENTINNEN UND REFERENTEN	48

Einleitung

Thema der Konferenz

Das Thema Flüchtlinge, Asyl und Migration beschäftigte seit über einem Jahr ganz Österreich in besonderem Maß. Es ist und war ein sensibles Thema in den Medien und beeinflusst die Diskussionen in der Politik aber auch die Lebenswelten der Bevölkerung. Vor allem Gemeinden sind betroffen, als unmittelbare Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger, die einerseits mit hohem Engagement und andererseits auch mit Sorge der aktuellen Entwicklung begegnen. Darüber hinaus sind auch Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, Schulen und viele weitere Akteurinnen und Akteure gefordert, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Auch die Zivilgesellschaft engagiert sich, um ein Zusammenleben gut zu gestalten. Die Gesundheitsförderung kann und soll verstärkt bei vielen dieser Ansatzpunkte unterstützend wirken und kann Voraussetzungen für ein Gelingen schaffen.

Ziele der Konferenz

Ziel der Veranstaltung war es, aufzuzeigen, welchen Beitrag Gesundheitsförderung zum Thema Flüchtlinge, Asyl und Migration im kommunalen Bereich leisten kann. Dabei sollten einerseits eine Sensibilisierung und ein interkulturelles Verständnis für ein gesundheitsförderndes Zusammenleben angestoßen werden und andererseits erfolgreiche Anknüpfungspunkte für Gesundheitsförderungsprojekte zum Thema dargestellt werden.

Wichtige Fragen, die im Rahmen der Plenarvorträge und Workshops erörtert wurden:

- Welche Themen und Zielgruppen sind relevant und welchen Herausforderungen ist zu begegnen?
- Wo sind die Anknüpfungspunkte und Grenzen für die Gesundheitsförderung?
- Welche Erfahrungen und erfolgreiche Methoden gibt es schon?
- Wie können Projekte, die sensible Themen bearbeiten, unterstützt werden und wie werden die Vorhaben „auf den Boden“ gebracht?

Darüber hinaus ging es um gelingende Beteiligung aller Dialoggruppen, um ein gutes Zusammenleben zu fördern, Ängste abzubauen und Vielfalt als Mehrwert zu verstehen. Eingebettet in die Konferenz waren gelungene Initiativen von Gemeinden, die durch die Verantwortlichen selbst vorgestellt wurden mit dem Ziel Lernen zu ermöglichen und Ideen zu sammeln und mitzunehmen.

Zielgruppen der Konferenz

Die Zielgruppen der Konferenz waren Personen, die mit der Planung, Durchführung und Förderung von Gesundheitsförderungsprojekten/programmen befasst sind, sowie Expert/innen aus Forschung und Politik besonders aus den Bereichen Gesundheit, Soziales und Bildung sowie Vertreter/innen aus der Gemeinde-, Stadtpolitik und Verwaltung. Darüber hinaus wurden Akteur/innen weiterer Politik- und Gesellschaftsbereiche angesprochen, die sich für ein gutes Zusammenleben einsetzen und unterstützende Maßnahmen umsetzen (wollen).

KONFERENZPROGRAMM

DO, 23. JUNI 2016

PLENUM

- 09:00 – 10:00 **Registrierung und Begrüßungskaffee**
- 10:00 – 10:45 **Eröffnung und Begrüßung**
→ Dr. Klaus Ropin, Leiter Fonds Gesundes Österreich
→ Stadträtin Karin Hörzing, in Vertretung von MMag. Klaus Luger, Bürgermeister der Stadt Linz
→ Dr. Josef Pühringer, Landeshauptmann von Oberösterreich
→ Dr. Sabine Oberhauser, Bundesministerin für Gesundheit, Präsidentin des Fonds Gesundes Österreich
- 10:45 – 11:15 **Flucht und Integration im Überblick – internationale Zahlen, Daten und Fakten**
→ Dr. Bernhard Schneider, Leiter Migrationsabteilung des Roten Kreuzes, Wien
- 11:15 – 12:15 **„Fakten statt Hörensagen“ – die Situation in Österreich**
→ Mag. Franz Wolf, Geschäftsführer des Integrationsfonds, Wien
- 12:15 – 13:30 **Mittagspause**
- 13:30 – 14:00 ***Derwisch erzählt***
- 14:00 – 15:00 **Projekt „FlüGGE“ – Flüchtlinge in Gesellschaften und Gemeinden**
→ Susi Khalil, MA, BA und DI Dr. Karin Grasenick, Verein spiel-Feld, Graz
- 15:00 – 15:15 **Vorstellung der Workshops**
- 15:15 – 15:30 **Kaffee- und Teepause**
- 15:30 – 17:00 **PARALLELE WORKSHOPS**
Workshops Teil 1 – 5

FR, 24. JUNI 2016

PARALLELE WORKSHOPS

09:00 – 10:30 **Workshops Teil 1 – 5**

10:30 – 11:00 **Kaffee- und Teepause**

PLENUM

11:00 – 12:00 **Wie Gemeinden das Zusammenleben erfolgreich gestalten
Bürgermeister/innen berichten**

→ Bgm. Isabella Blaha: Gemeinde Scharnitz, Tirol

→ Bgm. Renate Habetler: Gemeinde Bernstein, Bgld.

→ Bgm. Josef Lindner: Gemeinde Gutau, OÖ

→ Bgm. LAbg. Martin Schuster: Gemeinde Perchtoldsdorf, NÖ

12:00 – 12:45 **Offenes Handbuch für Gemeinden – Good Practice für die
erfolgreiche Integration von Flüchtlingen**

→ Dr. Martina Handler, ÖGUT, Österreichische Gesellschaft für
Umwelt und Technik, Wien / Europäisches Forum Alpbach

12:45 – 13:00 ***Derwisch erzählt***

13:00 – 13:10 **Resümee und Abschluss**

→ Dr. Klaus Ropin

Leiter Fonds Gesundes Österreich

13:10 – 14:00 **Vernetzungssnack**

**MODERATION: MAG. GABRIELE SAX,
GESUNDHEIT ÖSTERREICH GMBH**

**Rahmenprogramm: Derwisch erzählt
Café Nachbarschaft, Infostände ÖPGK Österreichische Plattform
Gesundheitskompetenz & YOLO Tabakpräventionsinitiative
Offenes Handbuch für Gemeinden, Kunstwerke von Geflüchteten**

PARALLELE WORKSHOPS

WORKSHOP 1

Die (neuen) Herausforderungen für die Ehrenamtlichen

1. Zahlen, Daten, Fakten und Erfahrungen

→ Mag. Martin Oberbauer, Hilfswerk Wien

2. Freiwilliges Engagement – Erfahrungen im Rahmen von RegionalCaritas

→ Mag. Wilfried Scheidl, Caritas Oberösterreich

MODERATION: Mag. Silvia Tuttner, PGA Burgenland,
Verein für Prophylaktische Gesundheitsarbeit, Eisenstadt

WORKSHOP 2

Kind ist Kind?! Geflüchtete Kinder und Jugendliche

1. Zahlen, Daten, Fakten und Erfahrungen

→ Dr. Katharina Glawischnig, Asylkoordination Österreich, Wien

2. sport.your.space

→ DI Agnes Feigl, Verein sport.your.space, Tulln

MODERATION: Mag. Petra Zykan, MPH,
WiG Wiener Gesundheitsförderung

WORKSHOP 3

WissensWERTEs über Integration

1. Zahlen, Daten und Fakten

→ Team ZUSAMMEN:ÖSTERREICH, Wien

2. Erfahrungen und Wissenswertes

→ Integrationsbotschafter/innen
von ZUSAMMEN:ÖSTERREICH

MODERATION: Mag. Margit Bauer, LQ², Klagenfurt

WORKSHOP 4

Zusammenleben in Familie und Nachbarschaft

1. Zahlen, Daten, Fakten und Erfahrungen

→ Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal, Universität Wien,
Institut für Familienforschung, Wien

2. Audit familienfreundliche Gemeinde: Der kommunalpolitische Prozess für österreichische Gemeinden, Marktgemeinden und Städte zum attraktiven Lebensraum für alle Generationen

→ Mag. Elisabeth Wenzl, Familie & Beruf Management GmbH,
Wien

MODERATION: Dr. Sabine Haas und DI Marion Weigl,
Gesundheit Österreich GmbH, Wien

WORKSHOP 5

Herausforderungen der gesundheitlichen Versorgung von Migrantinnen und Migranten

1. Zahlen, Daten, Fakten und Erfahrungen

Flucht und Migration aus Sicht der sozialen Krankenversicherungen

→ Mag. Tanja Weiss, OÖGKK, Oberösterreichische Gebietskrankenkasse, Linz

2. Herausforderungen und Antworten für die Gesundheitsversorgung

→ Mag. Katharina Siegl, OÖGKK, Oberösterreichische Gebietskrankenkasse, Linz

MODERATION: MMag. Karina Lichtenberger,
OÖGKK, Oberösterreichische Gebietskrankenkasse, Linz

PLENUM

Bernhard Schneider

Flucht und Integration im Überblick – internationale Zahlen, Daten und Fakten

Als Einstieg ins Thema wurde ein Überblick über zentrale Termini, wie sie vom Roten Kreuz für den Bereich Flucht und Migration verwendet werden, gegeben.

So ist ein/e Migrant/in eine Person, die ihr Heimatland bzw. ihren gewöhnlichen Wohnort verlässt oder verlassen muss, um woanders – in einem anderen Staat oder an einem anderen Ort – bessere Lebensbedingungen vorzufinden. Immer zu unterscheiden ist dabei zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Migration – in den meisten Fällen Flucht. „Migrant/in“ dient dabei als allgemeiner Oberbegriff, der sich wie folgt aufschlüsseln lässt:

Als Arbeits- und Wirtschaftsmigrant/innen werden Menschen bezeichnet, die mit dem Ziel der Arbeitsaufnahme migrieren. Als Beispiel nennt Dr. Schneider den Handwerker, der in Österreich mit der Rot-Weiß-Rot-Karte einwandert. Diese Menschen werden mitunter auch als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnet.

Asylwerber/innen hingegen sind Personen, die einen Asylantrag gestellt haben. Wenn der Asylantrag genehmigt ist, wird aus einem/r Asylwerber/in ein/e Asylberechtigte/r bzw. ein Flüchtling. Eine weitere Gruppe bilden Migrant/innen ohne legalen Status. Hierbei handelt es sich um Personen, die keinen legalen Aufenthaltsstatus besitzen. Ursache kann bspw. eine Einreise ohne Visum sein oder wenn die Abschiebung bei negativem Asylbescheid nicht möglich ist.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund setzt sich zusammen aus Personen, die – im Fall von Österreich – nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.

Integrationsindikatoren, wie sie im Diskurs verwendet werden, umfassen bspw. Informationen zu den gesprochenen Sprachen, dem Bildungsniveau, sowie Kennziffern zur Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit.

Nach der grundlegenden Einführung in die Begrifflichkeiten präsentierte der Referent einen Überblick über die **Basisdaten zur internationalen Entwicklung der Flüchtlingszahlen**, gefolgt von einem Überblick über die Asylantrags- und Anerkennungszahlen der letzten Jahre in Österreich und Europa.

Insgesamt gibt es im laufenden Jahr weltweit 244 Millionen internationale Migrant/innen (UNO 1/2016). Davon gelten 65,3 Millionen als Vertriebene (Quelle: UNHCR). Bei diesen Zahlen handelt es sich um einen Allzeit-Höchststand, der sogar die Flüchtlingszahlen während des zweiten Weltkrieges übersteigt. Hinzu kommen 40,8 Millionen intern Vertriebene (Quelle: UNHCR), d.h. Menschen, die innerhalb ihrer Landesgrenzen flüchten mussten. Allerdings möchte nur ein geringer Anteil dieser Flüchtlinge nach Europa migrieren. Die Hauptaufnahmeländer für Flüchtlinge sind derzeit die Türkei (2,5 Millionen), Pakistan (1 Million), sowie Iran und Libanon (jeweils 1 Million).

Im ersten Quartal 2016 wurden in der Europäischen Union monatlich zwischen 90.000 und 100.000 Asylanträge gestellt. Es wurden damit mehr Anträge eingebracht als im Vergleichszeitraum 2015, obgleich die Hauptmigrationsroute über den Balkan im Herbst 2015 geschlossen wurde.

Die **Entwicklung der Asylanträge** in Österreich folgt demselben Trend wie in der Europäischen Union. So liegen auch in Österreich die Zahlen der Asylanträge im ersten Quartal 2016 über den Vorjahreswerten. Im Jahr 2015 wurden 8.277 Asylanträge von unbegleiteten Minderjährigen gestellt. Dies entspricht rund 10 Prozent aller Flüchtlinge. Die große Mehrheit dieser Flüchtlingsgruppe kam aus Afghanistan.

Im vergangenen Jahr wurden 51.029 Asylanträge in Österreich rechtskräftig entschieden, wovon rund 19.000 Entscheidungen positiv ausfielen.

Im ersten Quartal 2016 haben mehr als 75 Prozent der Asylwerber/innen bereits in erster Instanz Asyl oder subsidiären Schutz erhalten. Syrischen Flüchtlingen wurde im selben Zeitraum in der Europäischen Union (EU28) in 99 Prozent aller Fälle in erster Instanz Asyl oder subsidiärer Schutz gewährt. Die erste Instanz entscheidet über einen Asylantrag positiv, wenn ein Asylgrund zweifelsfrei vorliegt. Demnach ist von einem eindeutigen Schutzbedürfnis syrischer Flüchtlinge auszugehen. EU-weit wurden im Jahr 2015 333.350 Asylwerber/innen als Flüchtlinge anerkannt. Die überwiegende Anzahl an Flüchtlingen stammte aus Syrien (50 Prozent), gefolgt von Flüchtlingen aus Eritrea (8 Prozent) und Irak (7 Prozent). In Österreich wurden im Jahr 2015 die meisten Asylanträge von Afghan/innen (25.563), Syrer/innen (24.547) und Iraker/innen (13.633) gestellt. In der Europäischen Union hingegen wurde die überwiegende Mehrheit der Asylanträge von Flüchtlingen aus Syrien gestellt (Quelle: Eurostat).

Die meisten **ausländischen Staatsangehörige in Österreich** stammen mit Stand 1. Jänner 2016 aus Deutschland (176.517), der Türkei (115.433) und Serbien (114.289). Personen aus Afghanistan (35.108), Syrien (33.061) und Irak (13.912) hingegen machen nur einen verhältnismäßig kleinen Anteil aller Ausländer/innen aus.

Eine **legale Einreise nach Europa** ist in den meisten Fällen nicht möglich. Eine der wenigen Möglichkeiten legal einzureisen besteht im Rahmen der Settlement-Quote (Österreich: 400 Plätze) oder im Rahmen der Familienzusammenführung. Ein Visum, um einen Asylantrag zu stellen, wird nicht ausgestellt. Die Migrations- und Asylpolitik führt dazu, dass Menschen mit Fluchtgründen illegal einreisen müssen. Es reisen mehr Männer als Frauen ein, um Asyl zu beantragen. Vornehmlich junge Männer trauen sich die Strapazen der Flucht zu. Den Familienangehörigen soll in weiterer Folge per Familiennachzug eine sichere Reise ins Zielland ermöglicht werden. Allerdings besteht das Recht auf Familienzusammenführung erst, wenn Asyl oder subsidiärer Schutz festgestellt wurde. Letztlich bleibt häufig als einzige Möglichkeit die illegale Einreise per Schlepper.

Eine zentrale Flüchtlingsroute nach Europa stellt die „Westliche Balkanroute“ dar, über die im vergangenen Jahr ca. 900.000 Flüchtlinge nach Mitteleuropa eingereist sind. Offiziell ist die Westliche Balkanroute geschlossen worden, nichtsdestotrotz funktioniert sie nach wie vor. Wie jeher müssen Flüchtlinge mithilfe von Schleppern reisen. Dies ist mit hohen Kosten und zusätzlichen Gefahren verbunden. Darüber hinaus dauert die Flucht bedeutend länger. Eine legale

Reise ist auch deshalb nicht möglich, da Transportunternehmen, die Personen ohne Papiere mitnehmen, sanktioniert werden. Genaue Details zur Balkanroute und ihren Hauptwegen sind nicht bekannt, da Flüchtlinge bei Bekanntgabe ihrer genauen Flüchtlingsroute riskieren, gemäß Dublin-Abkommen in ein anderes EU-Land abgeschoben zu werden.

Das Österreichische Rote Kreuz (ÖRK) hat bei der Flüchtlingswelle 2015/2016 insgesamt 674.874 Personen Hilfe geleistet. An mehr als 50 Orten haben 18.100 freiwillige und 1.301 hauptberufliche Rotkreuzmitarbeiter folgende Hilfeleistungen ermöglicht: 1,5 Millionen Übernachtungen in Langzeitunterkünften, 513.825 Übernachtungen in Kurzzeitunterkünften (vornehmlich im Rahmen des Transits nach Deutschland) sowie die Ausgabe von 3,6 Millionen Mahlzeiten und 3,9 Millionen Getränken. Darüber hinaus wurden 214.542 Decken und Schlafsäcke verteilt und 249.551 Kleidungsstücke ausgegeben. Ein wichtiger Aspekt ist zudem die Bereitstellung von Internet, was in 380.000 Fällen geleistet wurde. Für Flüchtlinge ist die Nutzung ihrer Mobiltelefone essentiell zur weiteren Planung der Flucht und zur Kommunikation mit Angehörigen und anderen Flüchtlingen. In 1.400 Fällen konnte das ÖRK Suchanfragen erfolgreich aufklären. Medizinische Hilfe wurde 60.490 Mal geleistet. Hierbei handelte es sich vornehmlich um medizinische Erstversorgung. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass viele Flüchtlinge Österreich nur zum Transit genutzt haben.

Österreichweit befinden sich mit Stand Juni 2016 insgesamt 85.869 Asylwerber/innen in Betreuung (Quelle: BM.I, Abteilung Migration). Davon betreut das ÖRK 3.789 Personen. Das ÖRK stellt Asylwerber/innen Wohnraum und Verpflegung gemäß Grundversorgungsgesetz zur Verfügung. Darüber hinaus erhalten Asylwerber/innen in Partnerschaft mit anderen Organisationen Begleitung und Beratung zum Asylverfahren. Gerade für Flüchtlinge aus Ländern mit hohen Anerkennungsquoten gibt es Frühintegrationsmaßnahmen. So haben beispielsweise Personen aus Syrien eine hohe Chance in Österreich bleiben zu können, weshalb eine frühe Sprachförderung Sinn ergibt. Freiwillige Rotkreuzmitarbeiter/innen engagieren sich stark in der Freizeitgestaltung, womit sie den Flüchtlingen unter anderem eine Tagesstruktur schaffen. Im Rahmen von Projektarbeit findet eine Anbindung an andere Leistungsbereiche, bspw. Gesundheitsangebote, statt.

Das ÖRK bietet insbesondere Menschen am Rand der Gesellschaft Hilfe und Unterstützung an. Migrant/innen ohne legalen Status sind häufig von staatlichen Unterstützungsleistungen, bspw. der Gesundheitsversorgung, ausgeschlossen und benötigen daher besondere Aufmerksamkeit. Die Gruppe der illegalen Migrant/innen in Österreich steigt stetig an und wird voraussichtlich in den kommenden Jahren weiter anwachsen. Im Gesundheitsbereich sind das ÖRK und ihre Landesverbände an vier Gesundheitseinrichtungen für Unversicherte beteiligt. Zurzeit wird die kostenlose medizinische Behandlung und Medikation für Bedürftige in Wien, Linz, Salzburg und Innsbruck angeboten. Im Jahr 2015 wurden knapp 3.300 Patient/innen insgesamt rund 10.000 Mal behandelt. Obgleich sich das Angebot an alle Menschen ohne Krankenversicherung richtet, hatte ein großer Anteil der Patient/innen einen Migrationshintergrund. Dabei kommen die Mitarbeiter/innen auch mit Krankheiten in Kontakt, die in Europa als ausgestorben gelten.

Illegale Migrant/innen leben von der Hand in den Mund. Sie können sich ihren Lebensunterhalt häufig nur mittels Schwarzarbeit verdienen und verfügen selten über ein stabiles soziales Netz. Sie stellen eine der verwundbarsten Gruppen in Österreich dar und angesichts der steigenden

Anzahl abgelehnter Asylanträge ist davon auszugehen, dass diese Gruppe in naher Zukunft weiter wachsen wird. Das Leben von illegalen Migrant/innen findet zu einem großen Teil im Verborgenen statt, weshalb diese soziale Gruppe häufig unsichtbar ist.

Der Vortrag endet mit dem Appell, diese Gruppe bei Überlegungen zur Gesundheitsvorsorge der Zukunft nicht zu vergessen.

Franz Wolf

Fakten statt Hörensagen – die Situation in Österreich

Zu Beginn des Plenumreferats wurde ein Überblick über die historische sowie gegenwärtige Migrations- und Integrationssituation in Österreich gegeben.

Im Jahr 2015 verzeichnete Österreich eine Nettozuwanderung von 120.000 Personen bzw. ein Bevölkerungswachstum von 1,5 Prozent. Bereits im Vorjahr erreichte die Nettozuwanderung einen Rekordwert von 70.000, weswegen Österreich als Einwanderungsland bezeichnet werden kann. Bereits jede/r fünfte Bürger/in hat einen Migrationshintergrund, d.h. er/sie selbst oder beide Elternteile wurden außerhalb Österreichs geboren. Wien weist mit 40 Prozent den höchsten Anteil aller Bundesländer an Migrant/innen auf. Jede/r vierte Wiener/in hat eine fremde Staatsangehörigkeit.

Im Jahr 1961 hatten nur rund 1,5 Prozent der Österreicher/innen einen Migrationshintergrund. Gastarbeiterabkommen – 1964 mit der Türkei und 1966 mit Jugoslawien – führten zu einem Anstieg auf 4,1 Prozent im Jahr 1974. In den folgenden Jahrzehnten blieb der Anteil der Migrant/innen in Österreich konstant. Erst mit dem Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 stieg der Anteil der Migrant/innen erneut an und erreichte 1993 mit 8,4 Prozent einen vorläufigen Höchstwert. Durch das Schengener Abkommen und die EU-Osterweiterung kam es zu einem weiteren stetigen Zuzug von Ausländer/innen. Im Jahr 2013 lag ihr Anteil bei 13,3 Prozent (Quelle: Statistik Austria).

Österreich ist ein historisches Flüchtlingsland. Bedeutende Flüchtlingsströme in der Zweiten Republik kamen 1956 aus Ungarn (Ungarischer Volksaufstand), in den 60er Jahren aus Tschechien, in den 80er Jahren aus Polen und Rumänien, in den 90ern aus Afghanistan, sowie in den 2000er Jahren aus Tschetschenien. Eine große Anzahl an Flüchtlingen kam darüber hinaus in den 90er Jahren aus Jugoslawien, da aufgrund der Gastarbeiterabkommen bereits viele Jugoslaw/innen in Österreich lebten und die Flüchtlinge auf bereits bestehende Netzwerke zurückgreifen konnten.

Bevor der Referent auf die Herkunft der ausländischen Staatsbürger/innen in Österreich einging betonte er, dass es nicht den „typischen Migrant“/die „typische Migrantin“ oder „typischen Flüchtling“ gibt. Die Herkunft ist ein Merkmal von vielen und selten aussagekräftig. Die mit Abstand größten ausländischen Gruppen in Österreich stellen Deutsche (170.475) und Türk/innen (115.433). Eine große Gruppe bilden darüber hinaus Staatsangehörige der Länder des ehemaligen Jugoslawien: Serb/innen (114.289), Bosnier/innen (92.527) und Kroat/innen (66.527).

Als erstes außereuropäisches Herkunftsland liegt die Russische Föderation auf Platz 10 (Quelle: Statistik Austria, 2015).

11 Prozent der Österreicher/innen ohne Migrationshintergrund haben einen Pflichtschulabschluss als höchsten Bildungsabschluss. Bei Migrant/innen ist der Anteil der Personen mit 27 Prozent fast dreimal so hoch. Dies stellt eine zentrale Herausforderung bei der Integration dar. 60 Prozent der Bürger/innen mit türkischem Migrationshintergrund haben keinen höheren Bildungsabschluss als die Pflichtschule (Quelle: Statistik Austria). Dies ist eine Situation, die sich auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelt und als Herausforderung für die Gesellschaft begriffen werden muss. Eine weitere Herausforderung ergibt sich daraus, dass der Arbeitsmarkt gesättigt ist und Österreich zurzeit die höchste Anzahl an Arbeitslosen seit dem Bestehen der Zweiten Republik hat. Die Arbeitslosenzahlen steigen dabei auch bei Österreicher/innen ohne Migrationshintergrund an, was das gesellschaftliche Gefüge bedroht. Es soll allerdings auch darauf hingewiesen werden, dass zwar die Arbeitslosenzahlen steigen, aber die Zahl der Erwerbstätigen ebenfalls stark zunimmt.

In den letzten zehn Jahren wurden in Österreich jährlich zwischen 15.000 und 30.000 Asylanträge gestellt. Im Jahr 2015 stieg die Anzahl der Asylanträge sprunghaft auf 88.340 an (Quelle: BM.I). In Österreich wurden im vergangenen Jahr 10,3 Asylanträge pro 1000 Einwohner gestellt. Verglichen mit anderen Ländern in der Europäischen Union liegt Österreich damit auf dem zweiten Platz nach Schweden.

Europaweit kamen 2015 die meisten Flüchtlinge aus Syrien. In Österreich sind Flüchtlinge aus Afghanistan überproportional stark vertreten. Der durchschnittliche Asylbewerber in Österreich ist männlich, jung und verfügt über eine geringe berufliche Qualifikation. Neun von zehn Flüchtlingen aus Afghanistan besitzen keine Qualifikation, die in absehbarer Zeit am österreichischen Arbeitsmarkt zu verwenden ist. Bildung und Sprache sind demnach fundamentale Integrationsbausteine, die sich letztendlich positiv auf den sozialen Zusammenhalt in Österreich auswirken können.

Asylsuchende in Österreich werden per Quote auf die Bundesländer verteilt. Dieser Schlüssel wird von fast allen Ländern eingehalten. Allerdings findet eine Binnenmigration nach Wien statt. Urbane Räume sind attraktiver für Migration, weil es bequem ist auf bereits bestehenden Netzwerken aufzubauen. Obgleich nur 20 Prozent der Gesamtbevölkerung in Wien lebt, wohnen dort 70 Prozent der Asylberechtigten, die keiner Arbeit nachgehen bzw. Mindestsicherung beziehen.

Der ÖIF befragt in regelmäßigen Abständen mithilfe des Integrationsbarometers die Bürger/innen hinsichtlich ihrer Zufriedenheit. Obgleich die Werte der Befragung in den letzten Jahren durchaus positiv waren, zeigt sich eine leicht negative Tendenz. Etwas mehr als die Hälfte der Österreicher/innen bewertet das Zusammenleben zwischen Österreicher/innen und Zuwanderer/innen als gut oder sehr gut. Das Zusammenleben zwischen Muslim/innen und Nicht-Muslim/innen hingegen bewerten 56 Prozent aller Befragten als eher schlecht oder schlecht. Ursache sind mitunter verfängliche Aussagen islamkritischer und -feindlicher Akteur/innen, aber auch Vorurteile und Unwissenheit der Befragten.

Im Rahmen des Integrationsbarometers wird zudem eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der wahrgenommenen Probleme der Gesellschaft gemacht. Zu geringer Respekt und Gewaltbereitschaft werden von der Mehrheit der Bürger/innen als problematisch wahrgenommen. Ebenfalls kritisiert werden die Zustände am Arbeitsmarkt und das Sozialsystem. 78 Prozent sehen aber auch Ausländerfeindlichkeit als Problem. Letzteres kann zur Polarisierung der Gesellschaft führen und ist neben der ökonomischen Dimension eine der zentralen Herausforderungen für die Gesellschaft.

Der ÖIF bietet sich als Impulsgeber im Bereich Integration an. Rund 200 Mitarbeiter/innen sind österreichweit an sieben Standorten tätig. In den Integrationszentren wurden im laufenden Jahr bereits circa 35.000 Beratungen durchgeführt. Der ÖIF finanziert Sprachkurse für Flüchtlinge, da Sprache eines der wichtigsten Elemente für eine gelungene Integration darstellt. Finanzielle Mittel sind hierfür zurzeit ausreichend vorhanden. So hat erst kürzlich das AMS die Mittel zur frühen Sprachförderung, u.a. von Flüchtlingen aus Syrien und Afghanistan, aufgestockt.

Impulse werden auch im Bereich der Freiwilligenarbeit gegeben. So werden bspw. regionale Strukturen gefördert. Darüber hinaus organisiert der ÖIF Werte- und Orientierungskurse für Asylberechtigte und in Zukunft auch für Asylwerber/innen. In eintägigen Workshops werden u.a. Informationen zum Zusammenleben in Österreich, zu Umweltangelegenheiten, zu verfassungsrechtlichen Fragen usw. gegeben. Menschen aus anderen Werte- und Kulturbereichen brauchen Orientierung, um sich in einem Land wie Österreich zurechtzufinden. Die Kurse finden dabei auf Deutsch statt, wobei parallel in die Landessprachen der Asylberechtigten gedolmetscht wird. Ein Ziel der Kurse ist es, Frauen zu stärken. Im Schnitt sind ein Drittel der Kursteilnehmer/innen Frauen.

In einer im Jahr 2013 veröffentlichten Studie von Universitätsprofessor Karl Rose wurden verschiedene Integrationsszenarien entworfen. Durch die zu erwartenden Migrationsströmungen ergeben sich die folgenden drei Szenarien:

- Szenario 1: Populismus. Autoritäre Strukturen entstehen. Eine antiliberalen Gesellschaft steht der Europäischen Union zunehmend kritisch gegenüber. Die Arbeitslosigkeit steigt. Es kommt zu einem Ungleichgewicht in der Demografie. Wenig-Qualifizierte fühlen sich abgehängt, was unweigerlich zu sozialen Spannungen führt.
- Szenario 2: Fragmentierung. Zerfall der österreichischen Gesellschaft. Wir-Gefühl zerbricht. Paralleles Leben in kleinen Gruppen. Handlungsunsicherheit und -ohnmacht des Staates. Hohe Arbeitslosigkeit. Handlungsunfähigkeit staatlicher Strukturen.
- Szenario 3: Kohäsion. Funktionierende Demokratie. Sozialer Ausgleich in der Gesellschaft. Ausreichendes Wohlstandsniveau. Vernünftiges Wirtschaftswachstum. Einzudämmende Arbeitslosenquote.

Österreich befindet sich zurzeit im Szenario 3. Dieses Szenario muss verteidigt werden. Szenario 1 und 2 sind absolut nicht wünschenswert.

Der Deutsche Stiftungsrat hat sich mit der Migration in Österreich beschäftigt. Dabei wurde die Integrationspolitik in Österreich evaluiert und mit der Situation in Deutschland verglichen. Der Stiftungsrat kommt dabei zu einem durchaus positiven Ergebnis. In vielen Punkten ist Österreich in seiner Integrationspolitik weiter als Deutschland. Dies betrifft Monitoring-Systeme,

Qualitätskontrollen, politische Maßnahmen, Gremien und politische Reformen. Der Deutsche Stiftungsrat kommt zu guten Schlüssen hinsichtlich der politischen Situation in Österreich. Er kritisiert aber eine zu niedrige Frauenerwerbsquote. Neben dieser Herausforderung werden zudem Defizite in der Wohnsituation, schulischen Ausbildung und dem Arbeitsmarkt benannt.

Der Vortragende betonte die Wichtigkeit kleiner Schritte, wies aber darauf hin, dass vor allem große Hebel notwendig seien, um Strukturen für eine gelungene Integration zu schaffen:

1. Sprachkurse sollten für Asylwerber/innen ab dem ersten Tag angeboten werden.
2. Die Beschäftigung von Flüchtlingen sollte als höchstes Ziel angesehen werden. Gerade wenn der Arbeitsmarkt angespannt ist, muss Beschäftigung gegebenenfalls auf andere Weise, bspw. Gemeinnützigkeit, hergestellt werden. Dass Asylsuchende nicht oder nur in geringem Stundenausmaß von Maßnahmen betroffen sind, hat sowohl auf die Betroffenen wie auch auf die Gesellschaft negative Auswirkungen.
3. Werte und Normen müssen nachhaltig vertreten werden. Europäische Werte der Aufklärung und österreichische Verfassungswerte dürfen nicht verhandelbar sein.
4. Häufig wird beim Thema Flucht und Integration von ökonomischen Möglichkeiten gesprochen. Es geht dabei aber vielmehr um eine humanitäre Verantwortung der Gesellschaft. Falsche Erwartungshaltungen führen zu Enttäuschungen.
5. Unumgänglich ist eine klare Differenzierung bei der Sprache. Manchmal ist bspw. die Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Illegalen schwierig. Nichtsdestotrotz profitieren die öffentliche Meinung und der gesellschaftliche Zusammenhalt von einer klaren sprachlichen Differenzierung.
6. Eine hart, aber fair geführte Debatte ist notwendig und Probleme müssen offen diskutiert werden.

Karin Grasenick und Susanne Khalil

Projekt „FlüGGE“ – Flüchtlinge in Gesellschaften und Gemeinden

Die Referentinnen widmeten sich im Rahmen ihres Vortrags der Frage, was die Situation der Menschen mit Fluchtgeschichten mit Gesundheit zu tun hat und wo Gesundheitsförderung auf kommunaler Ebene ansetzen kann. Am Beispiel des Projektes „FlüGGe – Flüchtlinge in Gesellschaften und Gemeinden“ gingen sie zudem darauf ein, was die speziellen Herausforderungen eines Gesundheitsförderungsprojektes zum Thema Flüchtlinge sind und was dieses Thema von anderen Themen in der Gesundheitsförderung unterscheidet.

Im Rahmen eines partizipativen Rollenspiels wurden zehn Personen auf die Bühne gebeten. Jede teilnehmende Person erhielt eine Zuordnung zu einer Zielgruppe, mit der innerhalb des Projekts FlüGGe gearbeitet wurde. Jede/r Teilnehmer/in erhielt eine kurze Rollenbeschreibung mit der Bitte, sich in die Lage der jeweiligen Person hineinzusetzen. In weiterer Folge wurden von den Referentinnen verschiedene Situationen vorgelesen, in welche sich die Teilnehmer/innen entsprechend ihrer zugeteilten Rolle hineinversetzen sollten. Um ihren Gefühlen und Gedanken Ausdruck verleihen zu können, veränderten die Teilnehmer/innen je nach Belieben ihre Haltung und Position auf der Bühne.

Fünf unterschiedlichen Dialoggruppen wurden jeweils zwei Teilnehmer/innen zugeordnet:

- Pensionist/in: Ich lebe in meiner vertrauten Umgebung mit Menschen, die so denken wie ich. Ich bevorzuge Regelmäßigkeit und Ordnung. Ich habe hart gearbeitet für das, was ich habe und will dies auch behalten. Für Menschen, die nichts tun, habe ich nicht viel übrig. Andere sollen auch arbeiten und nicht nur die Hand aufhalten. Ich fühle mich unwohl, wenn ich plötzlich Menschen in meiner Gemeinde sehe, die ich nicht zuordnen kann. Andere sollen in der Heimat selbst etwas aufbauen. Für uns war es nach dem Krieg auch schwer.
- Bürgermeister/in: Als Bürgermeister/in bin ich täglich vielen Meldungen und Beschwerden ausgesetzt. Das geht von der Lärmbelästigung bis zur Frage, wo man Deutschunterlagen kopieren kann und wie das mit der Versicherung ist. Dauernd gibt es Gerüchte, z.B. dass wir der Schule die Turnhalle wegnehmen wollen für ein Lager. Im Gasthaus reden sie davon, dass sie die Flüchtlinge wieder vertreiben wollen und unsere engagierten Helferlein gleich dazu. Man kommt überhaupt nicht hinterher; es ist eine Rund-um-die-Uhr-Aufgabe.
- Flüchtling: Ich danke Österreich, dass ich hier in Frieden leben kann. Ich mache mir große Sorgen um den Rest meiner Familie. Die Tage sind sehr lang und ich weiß nicht, was ich tun kann und ich weiß auch nicht wie es weitergehen wird und ob wir hierbleiben dürfen. Ich kann noch nicht Deutsch. Alles ist fremd: wie die Menschen gekleidet sind, was sie tun, wie sie essen. Manche Menschen sind sehr hilfsbereit, lächeln und andere schauen mich nur böse an.
- Helfende/r: Die Situation der Flüchtlinge macht mich sehr betroffen, schließlich habe ich auch Kinder. Allein die Vorstellung, dass sie keine Zukunft haben, keine Chance auf Bildung und kein selbstbestimmtes Leben, ist unerträglich für mich. Auch der Gedanke, wie das sein muss, sie allein wegzuschicken, ist furchtbar. Ich kann mich in die Lage der Flüchtlinge hineinversetzen und es ist selbstverständlich für mich zu helfen.
- Mutter/Vater: Ich habe mit Politik nichts am Hut. Ich höre verschiedene Dinge über Flüchtlingsfamilien, die mich beunruhigen. Gleichzeitig tun mir diese armen Menschen aber auch leid. Ich bin ganz froh, dass sich da andere engagieren. Mir ist es unangenehm, wenn ich bettelnde oder fremde Menschen sehe. Meine Sorgen spreche ich aber besser nicht offen aus, da man dann direkt als Rechtsradikaler bezeichnet wird. Ich habe zwei Töchter, um die ich mir ernsthaft Sorgen mache. Eine sucht bereits seit einem Jahr eine Lehrstelle.

Die vorgetragenen Situationen spiegeln mehrheitlich reale Ereignisse seit dem Jahr 2014 wider. So werden bspw. Ereignisse wie der Brand in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft in Bayern im Dezember 2014 thematisiert, aber auch persönliche Erfahrungen individueller Akteur/innen (Am Stammtisch wird erzählt, dass unter den Flüchtlingen auch IS-Kämpfer dabei sind) vorgetragen. Nach dem ersten Schock über zahlreiche Tote bei der Flucht nach Europa und die anfängliche Überforderung der staatlichen Akteur/innen im Umgang mit der Flüchtlingskrise folgt die gesellschaftliche Anteilnahme (Ich höre im Radio, dass [...] die Einstellung gegenüber Flüchtlingen wieder deutlich positiver wird). Am Ende gibt es die zur Integration notwendigen Strukturen und es wird offen über Kulturen und Werte diskutiert.

Die Teilnehmer/innen berichteten im Anschluss an das Rollenspiel über ihre Gefühle und wie sich diese im Laufe der vorgetragenen Geschichte verändert haben:

- Mutter 1 konnte es nur schwer ertragen, was mit den Flüchtlingskindern passierte. Sie be-

richtete davon, dass sich das Zusammenkommen der Gesellschaft gut angefühlt hat. Mutter 2 wollte zunächst mit der Flüchtlingssituation nichts zu tun haben. Sie hat die Vorgänge aus der Ferne beobachtet und sich schlecht gefühlt. Sie wollte mit der gesamten Situation nichts zu tun haben. Sie hat es vorgezogen, sich nicht einzubringen. Am Ende war sie aber froh, dass man sich um die Flüchtlinge kümmert.

- Flüchtling 1 machte sich Sorgen um die Familie. Erinnerungen an Stationen seiner Flucht kamen zurück. Er wusste nicht, wie es weitergehen soll. Die Sorgen haben sich aufgelöst, als er sich als Teil der Gemeinschaft fühlen konnte. Flüchtling 2 wollte anfangs nur noch weg, da für ihn eine ganze Welt zusammengebrochen ist. Die Situation machte ihn aggressiv. Es braucht seiner Meinung nach viel Zeit. Es wurde für ihn zu schnell zu harmonisch.
- Pensionist 1 mochte es nicht, dass er gestört wurde. Er wusste nicht, was das alles mit ihm zu tun hatte. Er fühlte seine Errungenschaften bedroht. Es war für ihn schön, sich in die Gesellschaft einzubringen und das Miteinander zu spüren. Nichtsdestotrotz blieb er bis zum Ende skeptisch und ist nach wie vor dafür, dass die Flüchtlinge zurück in ihre Heimat reisen. Pensionist 2 stand für die alte Ordnung ein. Allerdings wurde es in der alten Ordnung immer einsamer. Die Reintegration in die Gemeinschaft hat gutgetan und Sicherheit gegeben.
- Helfender 1 fühlte sich ohnmächtig angesichts der fehlenden Strukturen. Die Informationen waren mitunter erdrückend. Er war froh darüber, dass sich Strukturen gebildet haben. Fachgruppen haben geholfen zu helfen.
- Bürgermeisterin 1 wollte sich anfangs verstecken und „die Ohren zuhalten“. Sie hat aber gemerkt, dass man auf die Menschen zugehen muss. Dies war für sie eine sehr positive Erfahrung. Bürgermeisterin 2 hat ähnlich empfunden: Sie wusste nicht, wie sie die Probleme lösen sollte. „Damit werde ich nicht fertig, was da alles passiert in der Welt. Wie kann ich da was ändern, mit dieser kleinen Gemeinde?“ Sie empfand es als ein befreiendes Erlebnis, dass letztendlich alle zusammengearbeitet haben.

Mittels des Rollenspiels konnte im Zeitraffer dargestellt werden, mit welchen verschiedenen Dialoggruppen das Projekt FlÜGGe in den vergangenen eineinhalb Jahren gearbeitet hat und wie sich die Situation der jeweiligen Gruppe über die Zeit hinweg verändert hat. Es zeigte sich deutlich, dass die Menschen in vielen Fällen mit den Ereignissen überfordert sind und die Gesellschaft auseinander zu driften droht. In ihrem Rollenspiel haben die Referentinnen zum Abschluss eine mögliche Zukunft entworfen, in der bereits kleine Maßnahmen dazu führen, dass die Gesellschaft wieder zusammenfindet.

Anhand des Rollenspiels wurde das Determinanten-Modell von Dahlgreen und Whitehead erläutert. Auch als Regenbogenmodell bekannt, erklärt das Modell, welche Einflüssebenen auf die Gesundheitsentwicklung des Menschen wirken. Während die genetische Disposition 30 Prozent der Gesundheitsentwicklung bestimmt, wird 70 Prozent durch individuelle Verhaltensweisen, soziale und kommunale Netzwerke sowie die Lebens- und Arbeitswelten beeinflusst. In Bezug auf äußere Einflüsse, bspw. Naturkatastrophen oder weltpolitische Ereignisse, ist der persönliche Handlungsspielraum begrenzt. Auf der persönlichen und kommunalen Ebene hingegen herrscht oftmals nur das Gefühl vor, dass über einen hinweg entschieden wird. Eine Mitgestaltung in der Gemeinde und hinsichtlich der persönlichen Lebenswelt scheint nicht möglich, was zu Zukunftsängsten und Perspektivenlosigkeit führt. Darüber hinaus weitet sich

in Folge die gesellschaftliche Schere und Konflikte verhärten sich. In der Zukunft hat dies sehr negativen Einfluss auf alle Gruppen einer Gesellschaft. Einflussfaktoren für die Gesundheit sind vielfältig und erstrecken sich vom Hören der Nachrichten bis hin zu persönlichen Erfahrungen und Gerüchten. Insbesondere in der zweiten Hälfte des Rollenspiels wurde sichtbar, wie emotional und aktiv Menschen zusammenarbeiten können. Bereits kleine Maßnahmen können dazu geeignet sein, dass Menschen neuen Mut fassen und in der Lage sind, sich gegenseitig aufzurichten.

Aus den bisherigen Erkenntnissen ergibt sich speziell für die Gesundheitsförderung die Chance zur positiven Einflussnahme. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn bei Projekten alle Personen gleichberechtigt eingebunden werden. Dies betrifft sowohl leise als auch wütende und frustrierte Stimmen. Speziell in Gemeinden ist dieser Ansatz gut geeignet, da eine Kommunikation leichter als in größeren Einheiten stattfindet. Positive Erfahrungen führen in weiterer Folge zu neuen und erweiterten Denkansätzen. Konkrete Aufgaben sind tendenziell besser dazu geeignet, um Menschen zu begeistern und Strukturen aufzubauen. Strukturen sind wichtig, da sie Ordnung in Prozesse bringen und das Gefühl von Gemeinsamkeit stärken. Eine gemeinsame Vision und eine bunt zusammengesetzte Steuerungsgruppe bilden die Grundlage für Entscheidungen, die niemanden ausgrenzen.

Podiumsdiskussion

Wie Gemeinden das Zusammenleben erfolgreich gestalten – Bürgermeister/innen berichten

Vier Bürgermeister/innen berichteten über ihre Erfahrungen in der Integration von Flüchtlingen in ihrer Gemeinde und diskutierten über erfolgsversprechende Handlungsansätze.

Bürgermeisterin der Gemeinde Scharnitz in Tirol, Isabella Blaha, konnte bereits einiges an Erfahrung im Umgang mit Flüchtlingen sammeln, da auch im Bosnienkrieg viele ihrer Gemeindeglieder Wohnräume als Flüchtlingsunterkünfte zur Verfügung gestellt haben. Die Gemeinde Scharnitz ist eine flächenmäßig recht große Grenzgemeinde mit 1.500 Einwohner/innen. Zurzeit sind 67 Flüchtlinge vor Ort, wenngleich vorübergehend bis zu 300 Personen aufgenommen wurden. Darüber hinaus gibt es einige geflüchtete „Vorzeigefamilien“.

Vorbehalte seitens Gemeindeglieder zu Zeiten des Bosnienkrieges konnten in den vergangenen Jahren abgebaut werden und in der Gemeinde herrscht ein gutes Miteinander. Geflüchteten Personen wird Beschäftigung im Rahmen der dafür vorgesehenen Gesetze geboten, wie z.B. Hilfe am Bauernhof oder Unterstützung von alten Menschen.

Besonders bewährt hat sich auch das sogenannte „Kontakt-Frühstück“, bei dem der Austausch zwischen Alteingesessenen und Neuhinzukommenden gefördert wird.

Der Bürgermeister der Gemeinde Gutau in Oberösterreich, Josef Lindner, berichtete, dass die Gemeinde innerhalb der letzten 3,5 Jahre rund 240 Flüchtlinge aufgenommen hat. Für die rund 2.700 Einwohner/innen gab es dabei stets die Möglichkeit zur Diskussion, so auch

über das Projekt „Mitten im Dorf“, bei dem die Flüchtlinge in einem alten Gasthaus untergebracht sind. Zudem gibt es das Projekt „Mensch für Mensch“, bei dem sich 30 Personen ehrenamtlich engagieren, um gezielt mit Flüchtlingen in Kontakt zu kommen und deren Integration zu unterstützen. Auch durch das aktive Vereinswesen werden die Neuzugezogenen immer besser integriert. Ergänzend gibt es einmal im Jahr ein Integrationsfest. Ein zusätzliches „Fest der Kulturen“ ist in Planung.

Ein Thema, das den Bürgermeister beschäftigt, ist, wie mit Menschen umgegangen wird, die einen positiven Asylbescheid erhalten. Denn dann werden Wohnungen und Arbeit benötigt und es gilt Finanzierungsstrukturen zu sichern. Zudem berichtet er von negativen Reaktionen seitens der Bevölkerung, als sich vier Asylwerbende in den Hungerstreik begaben, weil sie Angst um ihre Familien hatten. Doch mittels einem offenen Dialog und einer klaren Haltung ist es gelungen, die Wogen wieder zu glätten.

Die Gemeinde Bernstein im Burgenland mit rund 2.300 Einwohner/innen wird von **Bürgermeisterin Renate Habetler** geleitet. Diese berichtete, dass in einem Ortsteil mit 450 Einwohner/innen rund 70 Flüchtlinge untergebracht sind. Hier sei die Bevölkerung gespalten in „Kümmerer“ und „Kritiker“.

Kritische Stimmen werden stets ernst genommen und es ist bereits oftmals gelungen, gemeinsame Lösungen zu finden; so z.B. durch Gemüseärten, bei denen Österreicher/innen und Flüchtlinge gemeinsam arbeiten oder durch das Projekt „Gemeinsam alt werden“, bei dem sich Flüchtlinge engagieren und somit integrieren.

Ein großes Problem ist die Beschäftigung bzw. Gestaltung von Alltagsstrukturen für geflüchtete Personen. Deswegen wurde das Projekt „Bewegung im Park“ ins Leben gerufen, bei dem Österreicher/innen und Flüchtlinge voneinander lernen können. Im Rahmen eines weiteren Projekts namens „Kultur für Kultur“ spielen Flüchtlinge im Theater mit.

Ein großer Anteil der Integrationsarbeit, insbesondere für die 37 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, wird aber in der Schule geleistet.

Nach wie vor als problematisch erweist sich das Thema Mobilität, da hierfür eine Finanzierung (von Fahrkarten etc.) benötigt wird.

Der Bürgermeister der 15.000 Einwohner umfassenden **Gemeinde Perchtoldsdorf in Niederösterreich, Martin Schuster**, berichtete davon, dass Gemeindebürger/innen aktiv auf ihn zugegangen seien mit der Frage, wann Perchtoldsdorf Flüchtlinge aufnehmen. Da diese Thematik kurz vor der Gemeinderatswahl aufkam, fand auch eine Bürger/innendiskussion zu diesem Thema statt, bei der 200 Menschen mitdiskutiert haben.

Mittels Eigeninitiative der Bürger/innen wurden in Folge leerstehende Wohnungen gesucht und rund 120 Personen privat untergebracht. Das Spendenlager ist mittlerweile eher ein Sozialmöbel- und Supermarkt für alle und es fand ein Fest mit 600-700 Einwohner/innen statt, bei dem Flüchtlinge gekocht haben und Gespräche mit diesen geführt werden konnten.

Problematisch ist, Wohnungen zu finden, da die Mietpreise recht hoch sind. Die Menschen bemühen sich, Flüchtlinge zu integrieren, doch diese ziehen rasch wieder weg, da die Wohnungen zu teuer sind. Mittlerweile hat sich allerdings ein Vereinsnetzwerk für Flüchtlinge gebildet, das sich des Problems annimmt. Auch ist ein Flüchtlingsheim für 150-200 Personen geplant.

Der Bürgermeister berichtete ebenso vom Mobilitätsproblem aufgrund der Kosten für Fahr-scheine. Um diesem Problem zu begegnen wurde eine Fahrrad-Aktion gestartet, bei der es u.a. die Straßenverkehrsordnung zu erklären galt.

Eine Frage, die in Folge vom gesamten Podium diskutiert wurde, war, welche Maßnahmen gezielt zur Integration von Flüchtlingen gesetzt wurden.

Eingebracht wurde dabei, dass viele Flüchtlingsheime dezentral angesiedelt sind und somit die Freiheit der Mobilität nicht gegeben ist. So werden in einer der Gemeinden über Spendengelder zwei Monatskarten für öffentliche Verkehrsmittel finanziert; die Weitergabe der Fahrscheine erfolgt jedoch in Eigenorganisation. Ein anderes Beispiel versucht insbesondere für geflüchtete Kinder im Rahmen der Nachmittagsbetreuung intensive Betreuung in deutscher Sprache anzubieten. Die Kosten werden von der Gemeinde übernommen, während die Eltern einer möglichen Arbeit nachgehen. In einer anderen Gemeinde wurden die Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zur Integration in den Schulbetrieb übernommen.

In einer der Gemeinden konnte sogar nur über die zusätzliche Anzahl an Flüchtlingskindern der Betrieb einer Schule aufrechterhalten werden.

Als wichtiger Ansatz wurde das Thema Chancengerechtigkeit diskutiert. Geflüchtete Personen sollen nicht mehr Chancen oder Rechte haben als sozial benachteiligte Österreicher/innen. So werden in einer der Gemeinde monatliche Treffen abgehalten, bei denen bspw. der Einsatz von Spendengeldern diskutiert wird.

Als weiterer Diskussionspunkt wurde die Frage erörtert, warum sich der Einsatz für Integration und sozialen Zusammenhalt lohnt.

Hier waren sich die Bürgermeister/innen einig, dass dies mit einem Grundsatzgedanken verbunden ist. Es gehört zu einer der wichtigsten Funktionen, für die Menschen da zu sein, Ungerechtigkeiten aufzuzeigen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern.

Martina Handler

Offenes Handbuch für Gemeinden – Good Practice für die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen

Nach Aufkommen der großen Anzahl an geflüchteten Personen im Frühjahr und Sommer 2015 wurde im Auftrag des Flüchtlingskoordinators Christian Konrad ein Vernetzungstreffen für Bürgermeister/innen in Alpbach initiiert, um einen konstruktiven Austausch zwischen den Entscheidungsträger/innen zu ermöglichen.

140 Personen haben an diesem ersten Treffen im September 2015 teilgenommen; in den folgenden Monaten wurden weitere drei Vernetzungstreffen organisiert. Die Treffen waren keine Plenarveranstaltungen, sondern basierten auf einem interaktiven, moderierten Austausch. Dabei hatten die Bürgermeister/innen zunächst die Möglichkeit in Kleingruppen ihre Erfahrungen zu erzählen. Als zweiter Schritt bestand die Möglichkeit zur Diskussion mit Expert/innen zur Klärung brennender Fragen. Zuletzt wurde Raum für eine Vernetzung geboten.

Als Ergebnis dieser Treffen wurden beispielgebende Gemeinden mit ihrer zusammengefassten Geschichte, bewährten Handlungsansätzen sowie Informationen seitens der Expert/innen in einem Handbuch aufgearbeitet.

So wurden beispielsweise Schritte zu einer integrationsfreundlichen Gemeinde erarbeitet, die Punkte umfassen wie:

- der/die Bürgermeister/in als Schlüsselfigur
- Ängste nehmen durch Fakten und Gelingendes stärken
- Unterstützungsnetzwerk weben
- Offen informieren und gezielt kommunizieren
- Neuankommende beim Sich-Einfinden unterstützen
- Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen
- für finanzielle Unterstützung sorgen
- mit Problemen und Konflikten konstruktiv umgehen

Die Referentin verwies zudem auf eine aktuelle Umfrage der GfK, welche ergab, dass nur 12 Prozent aller befragten Bürgermeister/innen eine Verschlechterung des Klimas in der Bevölkerung verspürten. In vier von zehn Gemeinden gab es sogar eine Verbesserung, wobei kleinere Gemeinden diesbezüglich offenbar mehr Akzeptanz aufbringen. Gemeinden, die keine Flüchtlinge aufgenommen haben, tendieren eher dazu Probleme zu befürchten.

Das Offene Handbuch für Gemeinden: „Auf dem Weg zur integrationsfreundlichen Gemeinde“ mit Erfahrungen und Empfehlungen für die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen – von Bürgermeister/innen für Bürgermeister/innen steht als PDF und Word-Dokument zum Download unter nachfolgendem Link zur Verfügung:

<http://www.alpbach.org/de/labs/buergermeistertreffen/>

Im Rahmen der Konferenz wurden Beiträge von Teilnehmenden gesammelt, welche in das Offene Handbuch eingearbeitet werden sollen.

WORKSHOP-REIHEN

Workshop 1: Die (neuen) Herausforderungen für die Ehrenamtlichen

Zahlen, Daten, Fakten und Erfahrungen

Martin Oberbauer

Mag. Oberbauer ist Freiwilligen-Manager des Wiener Hilfswerks und für circa 1.000 Freiwillige zuständig. Zu seinen Hauptaufgaben gehört es, Freiwillige darüber zu informieren, wo und bei welchen Organisationen mitgearbeitet werden kann. In seinem Vortrag präsentierte er Zahlen, Daten und Fakten zur Freiwilligenarbeit in Österreich, die als Grundlage für die weiteren Ausführungen und die spätere Diskussion dienten. Darüber hinaus befasste er sich mit den für die professionelle Einbindung von Ehrenamtlichen notwendigen Rahmenbedingungen und ging auf die Herausforderungen und Risiken für ehrenamtlich Engagierte ein.

Freiwilliges Engagement hat in Österreich einen hohen Stellenwert. 46 Prozent aller Österreicher/innen ab 15 Jahren waren 2012 informell oder formell in Organisationen tätig (Quelle: Bundesweite Bevölkerungsbefragung 2012, BMASK). Für das Jahr 2016 ist davon auszugehen, dass sich dieser Anteil weiter erhöht hat. Die Unterscheidung zwischen informellem und formellem Engagement ist wichtig für die Auseinandersetzung mit der Freiwilligenarbeit in der Flüchtlingshilfe. So kommen informell Engagierte unweigerlich mit formellen Strukturen in Kontakt, in dessen weiterer Folge es mitunter zu Konflikt- und Frustrationssituationen kommt. Das Augenmerk bei diesem Vortrag lag vornehmlich auf Freiwilligenarbeit im sozialen Bereich, in dem vier Prozent aller Österreicher/innen engagiert sind (Quelle: ibid.). Im Sozialbereich sind mit 64 Prozent mehrheitlich Frauen engagiert. Eher männliche Domänen hingegen sind bspw. der Sportbereich und die Katastrophenhilfe mit einem Männeranteil von 69 respektive 77 Prozent (Quelle: ibid.). 49 Prozent aller Personen mit Migrationshintergrund, die älter als 15 Jahre sind, sind informell oder formell in der Freiwilligenarbeit engagiert. Dabei kommt dem informellen Bereich mit 39 Prozent eine höhere Bedeutung zu als dem formellen Bereich mit 22 Prozent. Der Anteil der engagierten Migrant/innen steigt von der ersten zur zweiten Generation deutlich an (Quelle: Freiwilligenbericht 2015, BMASK). Mit dem Beginn der Flüchtlingsströme im zweiten Halbjahr 2015 engagierten sich verstärkt Migrant/innen und junge Menschen in der Freiwilligenhilfe. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten liegt Österreich mit dem Freiwilligenengagement im Spitzenfeld. Mag. Oberbauer kam daher zu dem Schluss, dass freiwilliges Engagement, Solidarität und gegenseitige Unterstützung wichtige Bestandteile der österreichischen Gesellschaft sind.

Organisationen der Zivilgesellschaft nutzen in hohem Maße die Ressource des freiwilligen Engagements, um ihre Aufgaben zu erfüllen, und haben dafür in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten interne Rahmenbedingungen aufgebaut, um Freiwillige möglichst professionell einzubinden. So ist auch beim Hilfswerk Wien seit 2001 viel im Bereich der Freiwilligenorganisation geschehen. Es wurden Aufgabenprofile für die Freiwilligen definiert, koordinierende Stellen eingerichtet und die Hauptamtlichen regelmäßig weitergebildet. Besondere Bedeutung hat zudem die zielgerichtete Ansprache der Freiwilligen, wobei ein Einstellungsgespräch, eine Probezeit und ein daran anschließendes Aufnahmegespräch wichtige

Elemente ebendieser Kommunikation darstellen. Nichtsdestotrotz kam es mit den starken Flüchtlingsströmen im Herbst 2015 zu Frustrationssituationen bei den in der Flüchtlingshilfe tätigen Personen. Viele Freiwillige wollten sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, wobei deren Einbindung in die bestehenden Strukturen eine Herausforderung war und nach wie vor ist. Die Schwierigkeiten haben sich unter anderem dadurch ergeben, dass sich die bisher etablierten Abläufe als nicht praktikabel erwiesen haben. Im bisherigen Ansatz kam der Verständigung und Entwicklung Freiwilliger eine hohe Bedeutung zu, wobei das Hauptziel die anhaltende Motivation der Freiwilligen darstellte. Die individuell richtige Aufgabe sollte gefunden, Teamarbeit gefördert und Verantwortung bzw. Mitbestimmung ermöglicht werden. Ein transparentes Einstiegsprozedere und klare Verantwortungsbereiche sind die Basis für erfolgreiche Freiwilligenorganisationen. Zu viel Bürokratie und Formalisierungen können auf Freiwillige jedoch auch abschreckend wirken, weswegen stets zwischen Notwendigem und Unnötigem abgewogen werden muss.

Die konkrete Situation bei österreichischen Freiwilligenorganisationen stellt sich wie folgt dar: 208 von 611 befragten Nonprofit-Organisationen haben eine für Freiwillige zuständige Stelle eingerichtet. 47 Prozent nennen sie „Ehrenamts- oder Freiwilligenkoordination“. In einem Drittel der Fälle sind die Mitarbeiter/innen angestellt und 37 Prozent arbeiten unbezahlt als Ehrenamt-Koordinator/innen. In 69 Prozent der Organisationen, die eine eigene Stelle haben, hat zumindest eine/r der Mitarbeiter/innen eine Ausbildung zum Thema Freiwilligenkoordination oder -management absolviert (Quelle: More-Hollerweger und Hora. Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement in Österreich, 2014). In 60 Prozent der befragten Nonprofit-Organisationen sind Freiwillige haftpflicht- und in 56 Prozent unfallversichert (Quelle: *ibid.*). In den letzten beiden Jahrzehnten investierten zunehmend mehr Nonprofit-Organisationen beträchtliche Ressourcen in den Aufbau passender Strukturen für die Zusammenarbeit mit Freiwilligen.

Mit der Flüchtlingsbewegung im Herbst 2015 wurden die oben genannten Mitarbeiter/innen mit neuen Herausforderungen konfrontiert, die eine Anpassung der bisherigen Strukturen und Rahmenbedingungen notwendig machten. Die Schwierigkeiten zeigten sich beispielsweise am Wiener Westbahnhof, wo es für Ehrenamtliche schwierig war Anschluss zu finden oder aber sie von den Aufgaben regelrecht „aufgesogen“ wurden. Die Herausforderungen ergaben sich in erster Linie aus einem Mangel bzw. Missstand; im konkreten Fall der notwendigen Versorgung einer großen Anzahl an Flüchtlingen. In Reaktion auf diese Situation haben etablierte Organisationen formelle Hilfe geleistet. Zu Beginn waren dies vornehmlich die Ersthelfer-Organisationen wie das Österreichische Rote Kreuz und die Caritas, deren Arbeit später durch Organisationen wie den Samariterbund oder das Hilfswerk unterstützt und ergänzt wurde. Im Rahmen der formellen Freiwilligenarbeit halfen Menschen, abgestimmt auf die bestehenden Aufgabenprofile der Organisationen, auf ehrenamtlicher Basis mit. Parallel dazu bildete sich individuelle, informelle Nachbarschaftshilfe, wie bspw. in Form des Vereins „Train of Hope“. Die Motive und Bedürfnisse der dort freiwillig Tätigen haben sich teils von denen der formell Freiwilligen unterschieden. Viele der dort Engagierten wollten schnelle und unkomplizierte Hilfe anbieten, ohne sich vielen Formalien unterwerfen zu müssen.

Generell wollen Freiwillige etwas für das Gemeinwohl tun, einen Beitrag zur Gesellschaft leisten. Sie sehen die Hilfe als humanitäre Pflicht, politisches Statement und/oder Ausdruck

des Ärgers über die mangelnde Hilfe seitens des Staates an. Sie wollen gegen das eigene Ohnmachtsgefühl aktiv werden und – unter Umständen – ihre persönlichen Fluchterfahrungen aufarbeiten. Darüber hinaus gehört zu den möglichen Motiven von Freiwilligen die Anerkennung für die eigene Arbeit, das Knüpfen von Kontakten sowie der Erwerb und die Stärkung sozialer oder beruflicher Kompetenzen. Auch wollen manche Freiwillige dazugehören und mit der Welle der Hilfsbereitschaft mitschwimmen. (Quelle: Simsa et al. Beiträge der Zivilgesellschaft zur Bewältigung der Flüchtlingskrise – Leistungen und Lernchancen, 2016)

Die Dynamiken der sich am Westbahnhof gebildeten informellen Gruppen waren teils nicht mit den strukturellen Rahmenbedingungen der alteingesessenen Hilfsorganisationen kompatibel. Die informellen Gruppen können trotz oder aufgrund ihrer chaotischen und wenig formalisierten Organisation durchaus als neues Paradigma der Freiwilligenorganisation angesehen werden. Diese Form der Hilfsinitiativen kann als Möglichkeit angesehen werden, Zivilgesellschaft zu motivieren und zu mobilisieren. Für Organisationen ist es wichtig, eine verlässliche Ansprechperson für informell Freiwillige vor Ort zu benennen. Der Umgang muss dabei wertschätzend erfolgen. Die Motive der Freiwilligen müssen erkannt werden, um sie entsprechend ihrer Wünsche einsetzen zu können. Organisationen sind ebenso gefordert, auf die Eigeninitiative von Freiwilligen bzw. informellen Gruppen offen zuzugehen. Darüber hinaus muss die Selbstorganisation von Freiwilligen (in gewissem Rahmen) ausgehalten werden.

Freiwilliges Engagement – Erfahrungen im Rahmen von RegionalCaritas

Wilfried Scheidl

DSA Mag. Scheidl ist Theologe und diplomierter Sozialarbeiter. Als Leiter der Caritas Oberösterreich fällt in seinen Aufgabenbereich unter anderem die Freiwilligenkoordination. In seinem Vortrag richtete er den Fokus vornehmlich auf die Situation der Freiwilligenarbeit in Oberösterreich, wobei er sich auf die Erfahrungen und Erkenntnisse der Mitarbeiter/innen in seiner Abteilung stützte. Er ging auf die Aufgaben und Herausforderungen im freiwilligen Engagement ein und definierte die aus Sicht der Caritas dringenden Aufgaben für die Zukunft.

Die Caritas Oberösterreich ist primär eine Hauptamtlichen-Organisation mit circa 3.400 hauptamtlichen Mitarbeiter/innen und rund 1.400 Freiwilligen. In der Flüchtlingshilfe der Caritas sind zusätzlich zwischen 2.000 und 3.000 Freiwillige aktiv. Die Caritas unterstützt das soziale Engagement der Katholischen Kirche. Darüber hinaus bietet die Caritas Seminare, Vorträge und Workshops zu Caritas-Themen an und unterstützt Ehrenamtliche in ihrem Engagement.

2015 war ein Jahr wie kein anderes mit enormen Herausforderungen für alle Frauen und Männer, die im Bereich Integration und Asyl tätig sind. Im Rahmen der Flüchtlingskrise 2015 hat sich die Flüchtlingshilfe der Caritas OÖ verdreifacht. So wuchs bspw. die Anzahl der betreuten Einrichtungen von 25 im Vorjahr auf 130. Speziell am Land gibt es flächendeckend eine aktive Zivilgesellschaft. Es gab viele Anfragen für freiwilliges Engagement und allein 200 Freiwillige wollten sich bei nur zwei Caritasquartieren mit vier Hauptamtlichen freiwillig engagieren. Als Nonprofit-Organisation ist man mit einem neuen Phänomen konfrontiert gewesen: Anstelle einzelner Freiwilliger müssen große Gruppen von teils bis zu 100 Personen

koordiniert werden. Mag. Scheidl betonte, dass alle Freiwilligen wichtig sind, unabhängig in welcher Situation und mit welcher Motivation sie sich engagieren wollen. Ebenfalls neu war, dass sich viele Migrant/innen und Flüchtlinge engagieren wollten. Dies hat sich als sehr wertvolle Hilfe erwiesen, vor allem, weil diese Gruppen dringend benötigte Fremdsprachenkenntnisse mitgebracht haben.

Als Organisation war die Caritas gefordert umzudenken und auf Augenhöhe mit den Freiwilligen zusammenzuarbeiten. Neue Formen der Kooperation mussten geschaffen und erprobt werden, so bspw. der „Bürger/innen-Profi Mix“ im Sinne Klaus Dörners. Nonprofit-Organisationen wären ohne sozialgesellschaftliches Engagement nicht in der Lage gewesen, mit der Flüchtlingssituation im Herbst 2015 zurechtzukommen. Eine zentrale Herausforderung stellt die Frage da, wie man Verbindlichkeit und gegenseitige Wertschätzung in der Kooperation sicherstellen kann. Gerade dann, wenn „Helfensbedürftige“ im Sinne Klaus Dörners nicht nur Hilfe leisten, sondern selbst Hilfe und Aufmerksamkeit benötigen. „Schräge Vögel“ müssen genauso wie Hochleistungsfreiwillige angenommen und integriert werden.

Wilfried Scheidl plädierte in der Flüchtlingshilfe für einen ressourcen- und sozialraumorientierten Ansatz. Menschen sollen zur Selbsthilfe befähigt werden. Menschen müssen als Menschen mit eigenem Potential und eigenen Fähigkeiten begriffen werden. Allerdings kann die Hilfe zur Selbsthilfe nur gelingen, wenn die Helfenden nicht durch verwirrende Strukturen und Zuständigkeiten gehemmt werden. So setzen die verwirrenden Zustände beim Asyl- und Fremdenrecht den Helfenden mitunter enge Grenzen. Als Beispiel hierfür nannte Herr Scheidl die in OÖ geplante Kürzung der Mindestsicherung für Asyl- und subsidiär Schutzbedürftige auf nur 520 Euro.

Menschen engagieren sich aus verschiedenen Gründen freiwillig. Engagement trägt zur Angstreduzierung auf individueller und gesellschaftlicher Ebene sowohl bei den Engagierten wie auch den Asylwerber/innen bei. Je egalitärer eine Gesellschaft ist, desto mehr Vertrauen herrscht vor und desto weniger soziale Probleme gibt es (Wilkinson und Pickett, Studie von 2009). Darüber hinaus können Menschen mit konkretem Handeln gegen ihre gefühlte Hilflosigkeit ankämpfen. Freiwilliges Engagement fördert einen realistischen Zugang zum Thema und lässt erfahren, dass es sich bei Asylwerbern genauso um Menschen handelt und Ängste unbegründet sind. Damit sich Menschen längerfristig engagieren, ist es wichtig, dass sie nicht über- oder unterlastet werden und gegebenenfalls Hilfe erfahren. Darüber hinaus müssen ihre Handlungen, bspw. von politischen Entscheidungsträger/innen, wertgeschätzt werden.

Folgende Aufgaben sah der Referent für die Zukunft:

- Das Zusammenspiel von Zivilgesellschaft, Nonprofit-Organisationen und Verwaltung bzw. Politik muss verbessert werden. Zum Beispiel müssen regionale Kompetenzstellen gebildet, Arbeitsgruppen angeboten und Freiwilligenorganisationen verstärkt begleitet werden.
- Erfolgreiche Freiwilligenarbeit benötigt dosiertes, aber ausdauerndes Engagement. Dieses gründet sich vornehmlich auf Beziehungen zu Flüchtlingen.
- Stützende Strukturen für ein gutes Miteinander müssen geschaffen werden (Aufgabe von Politik und Verwaltung). Ein Umdenken in den Gemeindeverwaltungen muss einsetzen.
- Ressourcen in Fachbereichen für die Arbeit mit Freiwilligen müssen geschaffen werden.
- Die unzähligen Erfahrungen müssen medial kommuniziert werden.

Fazit

Das häufigste Motiv für Freiwilligenarbeit ist das Bedürfnis von Bürger/innen, gesellschaftlich etwas mitgestalten zu können. Autonomie und die Bedeutsamkeit der Arbeit haben maßgebliche Auswirkung auf die Zufriedenheit der Beteiligten. Wenn jemand nicht mehr ehrenamtlich tätig sein möchte, dann liegt dies häufig an mangelhaften Rahmenbedingungen, wie bspw. unzureichenden Führungsstrukturen. Ein wichtiger Ansatz zur angemessenen Flüchtlingsarbeit ist die Etablierung von Strukturen, innerhalb derer das Engagement jedes Einzelnen wertgeschätzt werden kann. Freiwillige sollten ihre individuellen Bedürfnisse sowie Grenzen achten. Darüber hinaus setzt das Asyl- und Fremdenrecht vielfach Grenzen in der Freiwilligenarbeit. Freiwillige benötigen seitens der Hilfsorganisationen eine gute Anleitung und verlässliche Ansprechpartner. Die Motive der Freiwilligen sollten in der Aufgabenverteilung berücksichtigt werden. Das Angebot von Qualifizierungsmaßnahmen sowohl für Koordinator/innen als auch Freiwillige ist begrüßenswert. Freiwillige sollten in einem gewissen Rahmen Eigenverantwortung übernehmen können. Flüchtlingshilfe ist ein wichtiges Bindeglied zwischen den Hilfsorganisationen, Kommunen und den Betroffenen. Im Bereich der Gesundheitsförderung leisten Freiwillige einen wertvollen Beitrag zur Stärkung des sozialen Miteinanders. Unumstritten ist jedoch, dass weitere Herausforderungen auf die Hilfsorganisationen wie auch die Freiwilligen zukommen werden.

Workshop 2: Kind ist Kind?! Geflüchtete Kinder und Jugendliche

Zahlen, Daten, Fakten und Erfahrungen

Katharina Glawischnig

Ein großer Teil der nach Österreich kommenden Flüchtlinge sind unbegleitete Minderjährige, abgekürzt UMF, für welche die Strapazen und Komplikationen des Asylprozesses besonders erdrückend und überwältigend sind. Allein im Jahr 2015 kamen 9331 registrierte UMF nach Österreich, das entspricht einem Drittel aller minderjährigen Flüchtlingen.

Die meisten von ihnen kommen aus Ländern wie Afghanistan, Syrien und dem Irak, aber auch aus dem nord- bzw. ostafrikanischen Raum sowie Ländern wie Pakistan. Aufgrund des besseren Wetters und somit besseren Reisevoraussetzungen inkrementiert die Anzahl der Asylanträge in den Sommermonaten beinahe um das Doppelte, was in noch höheren Anforderungen an die jeweiligen Helfer/innen und Sozialarbeiter/innen resultiert, von welchen einige ehrenamtlich arbeiten.

Viele dieser Flüchtlinge treten die Reise zwar gemeinsam mit ihren Eltern und/oder Verwandten an, häufig kommt es aber währenddessen zu Konflikten, Schießereien, gewalttätigen Übergriffen und turbulenten Grenzwechseln, bei denen die Kinder ihre Eltern in den Massen verlieren.

Was erwartet einen UMF also, wenn er nach kilometerlanger Reise an der österreichischen Grenze ankommt? Zuerst einmal ein Aufenthalt im Flüchtlingsauffanglager Traiskirchen, wo Daten aufgenommen und kontrolliert werden. Eine dieser Kontrollen dient der Altersermittlung der UMF: Es gilt festzustellen, ob es sich auch wirklich um Minderjährige handelt und

welcher genauen Altersstufe die Flüchtlinge zuzuordnen sind.

Die UMF werden nach etwa einem Jahr Wartezeit zu einem Gespräch geladen, bei welchem durch gezielte Fragestellungen die Notwendigkeit einer Altersfeststellung (AF) evaluiert wird. Da sich die Asylwerber der Tragweite der Vorladung durchaus bewusst sind, stützen sie sich oft auf instruierte Aussagen auf Basis von aufgeschnappten Gerüchten.

Bei etwa 85 Prozent der UMF wird eine AF angefordert, welche sich aus zwei Instanzen zusammensetzt.

Primär die kleine AF, bei der ermittelt wird, ob die Wachstumsfuge im Handwurzelknochen noch geöffnet ist, was bei Kindern bis 15 Jahre normalerweise der Fall ist.

Ist die Wachstumsfuge geschlossen, der UMF also nachweislich älter als 15 Jahre, wird eine große AF angeordnet. Hier wird eine CT des Schlüsselbeins, eine Ermittlung des Zahnstatus und ein Gutachten des Körperbaus angeordnet. Keine dieser Untersuchungen ist aber eine in jedem Fall sichere Methode zur AF, da sie einer Grundabweichung und Streubreite von bis zu drei Jahren unterliegen können.

Wurde eine Minderjährigkeit festgestellt, bestehen für die Kinder bzw. Jugendlichen folgende Möglichkeiten:

Sind sie noch jünger als 14 Jahre, werden die Kinder in sozialpädagogischen Wohngemeinschaften untergebracht und erhalten die Chance auf eine normale Pflichtschulbildung. Manche UMF werden in Sonderbetreuungsstellen, d.h. in eigens dafür ausgelegten Flüchtlingsheimen, untergebracht. Selten haben sie die Chance auf einen Platz bei Pflegeeltern in Privatwohnungen (vor allem Kleinkinder). Kommt es zu Überlastungen, muss zeitweilig auf Notschlafstellen ausgewichen werden.

Die Wahrscheinlichkeit einer Familienzusammenführung ist bei weitem nicht so hoch wie allgemein angenommen: Nur bei etwa 10 Prozent der UMF kommt eine solche zu Stande, verstärkt bei den Jüngeren unter ihnen. Der Prozentsatz ist so gering, da eine Familienzusammenführung erstens nur mit Verwandten ersten Grades, also den leiblichen Eltern, möglich ist. Größere Geschwister, eventuelle Pflegeeltern oder auch Großeltern werden nicht für die Zusammenführung akzeptiert, auch wenn sie vorrangig für die Erziehung des jeweiligen Betroffenen zuständig waren. Zweitens muss die Verwandtschaft durch einen DNA-Test nachweislich belegt werden – die Kosten tragen dabei die Flüchtlinge, genauso wie die anfallenden Reisekosten.

Weiters ist eine Familienzusammenführung ausschließlich für minderjährige Jugendliche nach Gewährung des Asyls möglich, unbegleitete Flüchtlinge über 18 haben darauf kein Anrecht mehr. Diese Rechtslage hat zur Folge, dass in einigen Fällen Jugendlichen intendiert erst nach Erreichen der Volljährigkeit Asyl gewährt wird.

UMF unter 15 Jahren sind schulpflichtig und werden nach sechsmonatigem Aufenthalt – wobei auch hier wieder Abweichungen die Regel bestimmen – den altersentsprechenden Schulstufen zugewiesen, wo sie zwei Jahre als außerordentliche Schüler gelten und nicht benotet werden.

Diejenigen über 15 Jahre erhalten einen Deutschkurs sowie eine grundlegende Basisbildung in den übrigen Pflichtfächern. Sie besitzen danach einen Hauptschulabschluss und können sich entweder eine Lehre suchen oder bei besonderer Begabung eine höhere Schule besuchen. Die meisten unter ihnen werden jedoch Berufssparten zugeteilt, bei denen gerade Mangel herrscht.

In Rekapitulation der vorangegangenen Inhalte kann die Grundproblematik im Umgang mit UMF also auf folgende Hauptursachen fokussiert werden:

Schon seit Beginn der Flüchtlingskrise herrscht ein allgemeiner Informationsmangel. Viele UMF lassen sich daher zu instruierten Aussagen und der Verklärung von Tatsachen verleiten, fallen der instrumentalisierten Angstmache von Schleppern und Mitreisenden zum Opfer und verlieren so allgemein die Hoffnung auf ein neues Leben. Jahrelang auf etwas zu warten, ohne zu wissen, was am Ende dabei herauskommt, beraubt auch den positivsten Menschen mit der Zeit seiner Überzeugung.

Weiters führt ein massiver Mangel an Arbeitskräften sowie finanziellen Unterstützungen zu allgemeiner Unstimmigkeit. Ehrenamtliche Arbeit ist zwar gut und zivilmoralisch wünschenswert, kann aber nicht als sichere und verlässliche Ressource ins Kalkül genommen werden. Bezahlte Therapeut/innen in sozialpädagogischen Einrichtungen haben im Schnitt nur wenige Stunden für die individuelle Betreuung der UMF Zeit. Das ist für den psychischen Gesamtzustand eines traumatisierten Jugendlichen aus offensichtlichen Gründen nicht vorteilhaft. Persönliche Interessen, Talente, aber auch Schwächen und Defizite können so gut wie gar nicht behandelt werden. Ein 14-jähriger Junge kommt in die vierte Klasse, egal wie hoch sein Bildungsniveau ist oder wie lernbegabt er ist. Für Individualpädagogik und/oder Förderunterricht fehlen die Ressourcen.

Die Erwartung an 15-jährige UMF, sich in einem fremden Land, in einer fremden Kultur, unter fremden Leuten, in einer fremden Sprache selbstständig in das vorherrschende Gesellschaftssystem einzugliedern, ist unrealistisch. Nur wenn die Bemühungen zur Behebung der obigen Problemstellungen aktiv intensiviert werden, haben alle Flüchtlinge die Chance auf eine faire Behandlung und bessere Perspektiven, beruflich als auch sozial.

sport.your.space

Agnes Feigl

Sportliche Betätigung ist für die psychische als auch physische Entwicklung eines Jugendlichen ein wichtiger und unterstützend wirkender Faktor. Für Menschen aus finanziell niedriger gestellten sozialen Schichten oder UMF ist die Ausübung einer solchen jedoch oft mit vielen Hürden und Komplikationen verbunden. Vereine haben oft hohe Mitgliedsbeiträge, Schulteams gelangen schnell an ihre Grenzen und sind nicht für jeden zugänglich, stundenlange Fahrten zu diversen Trainingsplätzen, Turnieren und Veranstaltungen gestalten sich auch eher schwierig. Im Stadtzentrum gibt es so gut wie keine Möglichkeit, sich ohne großartige Anzahlungen oder Restriktionen sportlich, z.B. mit einem Fahrrad, Scooter, Tennis- bzw. Cricket-Schläger etc., zu betätigen. Obgleich die Ablenkung durch Spiele für momentan im

bürokratischen Limbus gefangene Flüchtlinge eine essentielle Abwechslung darstellen würde. Mit dem Projekt „sport.your.space“ konnte ein Lösungsansatz aufgezeigt werden. Durch die Positionierung in einem gut frequentierten Teil eines Stadtzentrums und einen modern aufgemachten Container, der zu Aufbewahrung für diverse Sportgeräte dient, wird die Aufmerksamkeit der vorbeikommenden Jugendlichen erregt. Aus offensichtlichen Gründen ist die Zurverfügungstellung eines sportlichen Angebots für die Jugendlichen vor allem im Sommer besonders wichtig und sinnvoll.

Nach einer kurzen Sicherheitseinweisung und Namenshinterlegung können sich die Interessierten auch schon mit dem Gegenstand ihrer Wahl sportlich betätigen – in einer Gruppe oder in Eigenregie. Als Sportplatz dient der gesamte innerstädtische Raum, wobei natürlich auf Mitmenschen, vorbeifahrende Autos etc. unbedingt Rücksicht genommen wird. Nach ein paar Stunden Spielspaß müssen die Sportutensilien dann bei den örtlichen Betreuer/innen zurückgegeben werden, bevor der Container für die Nacht wieder verschlossen wird. Ungeachtet unterschiedlichster sozialer Schichten, Ethnien sowie Sprachbarrieren haben sich die Jugendlichen durchwegs als respektvoll, vertrauenswürdig und kooperativ erwiesen.

Doch ein solches Projekt regt nicht nur die sportliche Betätigung der Kinder an, sondern gibt ihnen auch noch die Möglichkeit, sich aktiv in ein soziales Umfeld einzugliedern und somit einen besseren Anschluss an die Gesellschaft zu finden, was vor allem für Flüchtlinge essentiell ist. Somit wird ein solch bemalter Container nicht nur zu einem Ort körperlicher Betätigung, sondern auch zu einem Ort sozialer Interaktion sowie Ankerpunkt für ein zerstreutes, manchmal ungewisses Leben. Der Rückgang der Jugendkriminalität und die sinnvolle Nutzung leerstehender Plätze im innerstädtischen Raum sind weitere positive Resultate.

Auch gibt Sport in einem sozialen Umfeld den aus schwierigen Verhältnissen stammenden Jugendlichen einen Platz, um sich zu öffnen, mit anderen Kindern und/oder Betreuer/innen über ihre Probleme zu reden, Missstände zu thematisieren sowie das Gefühl, nicht mit allem ganz alleine konfrontiert zu sein.

Daraus ergeben sich aber schon das zentrale Problem und die Grenzen, die diesem Vorhaben gesetzt sind:

- Die örtlichen Betreuer/innen sind bezahlte Arbeitskräfte, jedoch in erster Linie für die Verwaltung der Geräte und Erklärung der Richtlinien für den adäquaten Gebrauch derselben zuständig. Sie sind aber keine Sozialarbeiter/innen oder ausgebildete Pädagog/innen. Tiefgreifende Konflikte und Probleme der Jugendlichen können also nicht behandelt und oder gelöst werden.
- Eine bessere Vernetzung dieser sozialen Kontaktstationen mit Ärzt/innen sowie Psycholog/innen, die vor Ort an einer vertrauten Anlaufstelle die Möglichkeit hätten, direkt mit den Kindern und Flüchtlingen zu kommunizieren und diverse traumatische Erfahrung zu rehabilitieren, wäre sinnvoll.
- Als weitere Herausforderung ist die finanzielle Unterstützung der Gemeinden und die erschwerte Nutzung leerstehender Plätze im städtischen Raum anzuführen.
- Den Jugendlichen soll ein niederschwelliger, freier und regelmäßiger Zugang geboten werden und bürokratische Herausforderungen lösungsorientiert angegangen werden.

- Auch ist ein intensives Engagement der jeweiligen Gemeinden nicht nur in finanzieller, sondern auch in organisatorischer Hinsicht für den Erfolg solcher Projekte unabdingbar.
- Es braucht nur ein paar motivierte Mithelfer/innen, um Sportgeräte aller Art aufzutreiben und zur Verfügung zu stellen, einen unbenützten Platz und einen alten Baucontainer oder ein gebrauchtes Gartenhäuschen, um viel zu erreichen.

Workshop 3: WissensWERTEs über Integration

Zahlen, Daten und Fakten und Erfahrungen und Wissenswertes

Michaela Grubmüller

Im Rahmen des dritten Workshops wurde das Projekt ZUSAMMEN:ÖSTERREICH, eine Aktion des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF), vorgestellt. Neben Informationen über die Organisation durch die Leiterin des Projekts erzählten vier Integrationsbotschafter/innen aus ihrem Leben. Abgerundet wurde das Kurzseminar durch eine ausgiebige Fragerunde seitens des Publikums. Mit ZUSAMMEN:ÖSTERREICH werden zwei grundlegende Ziele verfolgt: Vorurteile abbauen und Motivation schaffen.

Allgemeines zum Projekt

Zu Beginn der je eineinhalb Stunden langen Einheiten beider Tage stellten die Moderatorin Mag. Margit Bauer und die Leiterin des Projekts, Michaela Grubmüller, das Grundgerüst der Initiative vor. Seit mittlerweile 5 Jahren ist das Team in Schulen und Vereinen in ganz Österreich unterwegs und bietet kostenlose Workshops an. Dieser Initiative haben sich mittlerweile mehr als 360 Integrationsbotschafter/innen angeschlossen. Diese sind in erster oder zweiter Generation nach Österreich immigriert und dienen als positive Beispiele eines gelungenen Integrationsprozesses. Sie werden stets vor Ort nach Bedarf eingesetzt. Die Geschlechteraufteilung beträgt annähernd 50:50. Die meisten Einsätze finden in Wien statt. Die Schulen und Vereine erfahren meist durch Mundpropaganda von dem Projekt und bitten die Botschafter/innen, einen Workshop zu halten. Die Gruppengrößen variieren in den Schulen, welche den Großteil der Aufträge ausmachen, zwischen 80 und 250 Personen. Für gewöhnlich stehen ihnen vier Integrationsbotschafter/innen und ein/e Moderator/in zur Verfügung. Die Schüler/innen dürfen frei heraus alle Fragen stellen, die ihnen rund um das Thema Migration in den Sinn kommen. Diese Offenheit und die Möglichkeit, Vorurteile in einem entspannten Umfeld zu besprechen, werden besonders geschätzt. Ein weiterer Pluspunkt besteht aus der Sicht eines Vereins darin, dass in diesem Rahmen Probleme nicht schönegeredet werden. Insgesamt wird versucht, auf das Verbindende zu achten anstatt auf das Trennende. In diesem Zusammenhang setzt man sich auch mit dem Mediendiskurs auseinander. Die Integrationsbotschafter/innen stehen mit Erzählungen aus ihren Lebensgeschichten vorbildhaft für eine gute Eingliederung in die Gesellschaft und können zu Identifikationsfiguren für Schüler/innen mit Migrationshintergrund werden.

Als Kennzeichen für den Erfolg von ZUSAMMEN:ÖSTERREICH stehen eine Reihe von Qualitätskriterien. Diese lauten wie folgt:

- Empowerment (Befähigung)
- Partizipation (Beteiligung)

- Ressourcenorientierung (Es soll auf die Stärken der begleiteten Menschen geachtet werden und nicht auf die Schwächen.)
- Vernetzung (Vernetzung und Wissensaustausch durch Konferenzen und ähnliche Veranstaltungen)
- Nachhaltigkeit (Die gesetzten Impulse sollen lange weiter wirken)
- Soziale und gesundheitliche Chancengleichheit (insbesondere in Bezug auf Herkunft, Geschlecht, Gesundheit und Beeinträchtigung)
- Zielgruppenorientierung (Durch Dialoggruppen sollen gemeinsam Ziele erarbeitet und umgesetzt werden.)
- Gesundheitsdeterminantenorientierung
- Lebensweltenansatz

Erzählungen durch die Integrationsbotschafter/innen

Anschließend erzählten am ersten Tag drei und am zweiten Tag zwei Botschafter/innen von ihrem Lebensweg. Frau Doric stellte ihre Geschichte an beiden Tagen vor.

Sabina Doric

Frau Doric wurde im heutigen Bosnien-Herzegowina geboren und kam 1990 gemeinsam mit ihrem Ehemann nach Österreich. Neben der sprachlichen Barriere musste das Ehepaar bald feststellen, dass ihnen ihre abgeschlossenen Studien hier nicht anerkannt wurden. Sie fanden recht schnell Jobs als Hilfskräfte. Der ursprüngliche Plan sah keine dauerhafte Ansiedlung in Österreich vor. Der einsetzende Krieg im damaligen Jugoslawien änderte vieles. Monatlang fehlte der Kontakt zur eigenen Familie, die zurückgeblieben war. Nach Kriegsende hatten die beiden noch längere Zeit mit Existenzängsten und Integrationsschwierigkeiten zu kämpfen. Frau Doric arbeitete unter anderem als Näherin und später zehn Jahre lang als Verpackerin. Dort fühlte sie sich auch aufgrund ihrer Herkunft und Muttersprache wenig wahrgenommen. Die Deutschkenntnisse verbesserte sie als außerordentliche Hörerin an der Johannes Kepler Universität Linz. Mit 35 Jahren erfüllte sie sich ihren Wunsch nach beruflicher Veränderung. Sie studierte Sozialarbeit an der Fachhochschule Linz und ist heute als Sozialarbeiterin in der Flüchtlingshilfe tätig.

Frederick Fahad

Frederick Fahad, 38 Jahre alt, kommt aus dem Iran und arbeitet heute in der Wirtschaftskammer. Er wurde in Teheran als Sohn einer Opernsängerin und eines Architekten geboren. Als er zwei Jahre alt war, vertrieben kriegerische Auseinandersetzungen innerhalb des Landes die Familie nach Österreich. Obwohl Frederick Fahad einigermaßen gut Deutsch konnte, begleiteten ihn Sprachprobleme bis zur Matura. Nach dem Hauptschulabschluss besuchte er eine HTL und später eine Universität. Das Berufsbild des Bautechnikers stellte sich als unpassend heraus, weshalb er zusätzlich Wirtschaft studierte. Nach einem beruflichen Tief machte er sich selbstständig im Bereich Consulting für Internationales mit dem Schwerpunkt Osten. Durch Vorträge im Iran gelang es ihm, vor Ort ein Netzwerk aufzubauen und auch die Aufmerksamkeit der Wirtschaftskammer auf sich zu ziehen. Ein großer Wunsch seinerseits ist, eine Brücke zwischen den Kulturen zu bauen.

Ina

Ina ist 33 Jahre alt, verheiratet und Mutter einer Tochter. Sie stammt aus dem Kosovo. Nach einem halben Jahr in Österreich holte ihr Vater die Familie 1989 nach. Lange spielten die Eltern mit dem Gedanken, bald in den Kosovo zurückzukehren. Die Kinder fühlten sich allerdings schon bald in Österreich heimisch und sprachen, auch dank netter Nachbarn, schon nach wenigen Monaten Deutsch. Heute betreibt Ina gemeinsam mit ihren Schwestern eine erfolgreiche Werbeagentur in Linz. Zusätzlich bekleidet sie die Stelle der Bezirksvorsitzenden der Jungen Wirtschaft Wels. Ina fühlt sich laut eigener Aussage zu 80 Prozent als Österreicherin.

Nada

Nada stammt aus Bosnien und musste ihre Heimat Anfang der 90er aufgrund des Bürgerkriegs in Jugoslawien verlassen. Nachdem sich die Familie anfänglich Verwandten in Frankfurt anschließen wollte, zogen sie schließlich nach Schweden. Nach einem Jahr wurde ihnen das Asylrecht zugesichert. Während sich die Kinder verhältnismäßig einfach integrieren konnten, mussten sich vor allem die Eltern zu Beginn erst mit der neuen Kultur arrangieren. Nada wuchs größtenteils in Schweden auf. Als sie ihre Schwester an ihrem Studienort Wien besuchte, verliebte sie sich schnell in die Stadt und zog mit 19 Jahren selbst dorthin. Nada bezeichnet diese Zeit als ihren zweiten Integrationsprozess. Schließlich studierte sie Internationale Entwicklung an der Universität Wien. Die Hochschule war für sie die beste Sprachschule. Seit mittlerweile neun Jahren lebt Nada nun in Österreich.

Fragen der Teilnehmer/innen (Auswahl)

„Welche Unterschiede fallen in Bezug auf Flüchtlinge damals und heute auf?“

Sabina Doric betonte vor allem den großen Unterschied im medialen Diskurs. Die Themen Flucht und Asyl wären derzeit in allen Medien präsent und stark emotional behaftet. Frau Doric bekräftigte dabei ihre Bewunderung für all jene, die den Mut haben, eine solche Reise ins Ungewisse auf sich zu nehmen. Anfangs seien Flüchtlinge schlichtweg froh, in Österreich angekommen zu sein. Nach etwa drei Monaten wünschen sich die meisten aber eine Normalisierung des Zustandes. Sie wollen arbeiten und friedlich leben. Dennoch herrsche ein Gefühl der Verunsicherung vor, das durch Dramatisierungen in den Medien verstärkt werde.

„Was sind bleibende Erinnerungen an Schulbesuche des Teams ZUSAMMEN: ÖSTERREICH?“

Frau Grubmüller erzählte einige Anekdoten aus ihrer langjährigen Erfahrung. Ihr sei dabei aufgefallen, dass starke Vorurteile der Schulkinder oft durch den Einfluss des Elternhauses entstünden. Dann erzählte sie noch eine Erfolgsgeschichte, nämlich die, als sich ein Schüler nach dem Besuch der Integrationsbotschafter/innen doch gegen einen Schulabbruch entschied. Die Identifikation mit einem der Botschafter gab ihm die Kraft weiter zu machen. Sie erzählte außerdem von einem Besuch bei der Landeskonzferenz des steirischen Schiedsrichterverbands. Trotz „harter Stammtischdiskussionen“ war das Feedback durchwegs positiv.

Allein im ersten Quartal dieses Jahres führte ZUSAMMEN:ÖSTERREICH bereits über 60 Aufträge durch. Ein aktuelles Projekt stellt eine Internetplattform dar, die Schulen die Selbstbildung in diesem Bereich erleichtern soll. Frau Grubmüller zählte dies in ihren Schlussworten als einen der Schritte auf, die das Angebot weiter verbessern sollen. In Österreich hat sich

ihrer Meinung nach im Bereich Integration vieles bereits gebessert. Es werden mehr Sprachkurse, Werte- und Orientierungskurse angeboten. Des Weiteren ist die Anerkennung von Qualifikationen nun eine Spur einfacher möglich. Dennoch gebe es an vielen Ecken und Enden Handlungsbedarf. ZUSAMMEN:ÖSTERREICH leiste dabei einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen innerhalb der Gesellschaft. Zudem werden Menschen mit Migrationshintergrund Identifikationsfiguren mit ähnlichen Erfahrungen geboten. Die Botschafter/innen haben dabei, so schloss Frau Grubmüller, ein wesentliches Merkmal gelungener Integration erreicht: das Gefühl, in Österreich angekommen zu sein.

Workshop 4: Zusammenleben in Familie und Nachbarschaft

Zahlen, Daten, Fakten und Erfahrungen

Wolfgang Mazal

Die einleitenden Worte des Professors am Institut für Arbeits- und Sozialrecht an der Universität Wien beschäftigten sich mit der Rolle von Juristen in unserer Gesellschaft. Als Jurist habe er einen normativen, regelnden Zugang zur Gesellschaft, d.h. dass er auf die Form der Gesellschaft direkt Einfluss nehmen kann. Dies sei in einer rechtsstaatlichen Demokratie unumgänglich, da überall, wo eine Gesellschaft existiert, auch Rechtsregeln für das gemeinsame Zusammenleben aufgestellt sind und akzeptiert werden.

Jedoch verändern sich diese Regeln, so z.B. bei der juristischen Definition der Familie laut ABGB.

Darunter wurden früher zwei nicht gleichgeschlechtliche Elternteile mit einem oder mehreren Kindern definiert. Heutzutage bemerken wir eine wesentliche Veränderung in der Familienstruktur durch Alleinerziehende, Patchwork-Familien, homosexuelle Eltern usw.

Anders gedacht könne man aber auch sagen, eine Familie besteht immer dann, wenn von den beteiligten Personen wechselseitig Verantwortung übernommen wird. Die Motivation liegt dabei nicht im Entgelt oder einer Einhaltung von Rechtsstrukturen, wobei es auch hier zu Regelbrüchen kommen kann, z.B. in Form von Scheidung.

Ebenso ist die Definition des Wortes „Nachbar/in“ schwierig: Handelt es sich hierbei um die Person mit dem angrenzenden Grundstück/der angrenzenden Wohnung? Oder um dritte Personen?

Familie und Nachbarschaft werden jedenfalls individuell geprägt und sind somit immer als „work in progress“ zu betrachten. So ist auch das Wort Gesundheit ein individuelles Empfinden.

Nach dieser ersten Definition wurde das Thema Zahlen, Daten und Fakten erörtert. Zunächst hielt Prof. Mazal fest, dass es keine aktuellen Bestandsaufnahmen gibt. Die aktuellsten Daten stammen aus 2015, wobei bei den Migrationsflüssen keine Registrierungen vorgenommen wurden. Dadurch werde mit Erwartungen und Erfahrungen der Vorjahre gearbeitet, wodurch ein gewisser Kontrollverlust des Staates vorliege.

2014 fanden 7.693 Einbürgerungen statt, davon waren 31 Prozent aus Jugoslawien, 19 Prozent aus asiatischen Staaten und 12 Prozent aus der Türkei.

Im Jahr 2014 gab es durchschnittlich 2,2 Personen pro Haushalt. Bei Migrant/innen ist der Durchschnitt höher und liegt bei 2,6 Personen. Noch höher liegt der Schnitt bei Migrant/innen aus Ex-Jugoslawien mit 2,9 Personen und am höchsten ist der Durchschnitt bei den türkischen Haushalten mit 3,4 Personen. Auch diese Zahl kann Nachbarschaftskonflikte veranlassen, da Auswirkungen von Familiengrößen (z.B. Lärm) nachbarschaftliche Beziehungen belasten können.

2013 kam es zu 36.100 Eheschließungen, doch 42 Prozent der Kinder wurden außerehelich geboren. Es zeigt sich, dass es dabei kulturelle Unterschiede gibt, z.B. wird eine Eheschließung von Personen mit Migrationshintergrund öfter eingegangen.

Als zweiter Punkt wurde die Frage behandelt, was gute Nachbarschaft ausmacht.

Hierzu wurden die Punkte Akzeptanz, Anpassung und Aufnahmebereitschaft genannt. Diese können jedoch nicht erzwungen werden, sondern müssen bereits vorhanden sein, damit es zu einer guten Nachbarschaft kommt. Somit bieten sie keine Lösungsansätze. Außerdem müssen beide Parteien dazu bereit sein, es geht um ein wechselseitiges Verständnis. Daher wurde in Folge darauf eingegangen, wie diese drei Punkte erreicht werden können.

Dabei müssen sich Ähnlichkeit und Unterschiedlichkeit die Waage halten, da Konflikte entstehen können, wenn von einem der beiden zu viel vorhanden ist. Die Ähnlichkeit, die möglichst wenige kulturelle Unterschiede sicherstellt, ist jedoch nicht obligatorisch. Auch der Stolz der Andersheit kann zu einem gewissen Interesse und einer positiven Spannung führen. Die Charakteristiken beider Seiten sollten ausgewogen sein.

Kultur und Traditionen können ein Konfliktpotential darstellen, wenn darauf nicht genügend Rücksicht genommen wird oder kein Verständnis gegeben ist.

Schlussendlich geht es um das Gemeinschaftsverständnis, also darum, was von einer Gesellschaft als Norm angesehen wird, und wie weit die Toleranz entwickelt ist, auch etwas, was nicht dieser Norm entspricht, zu dulden. Hier ist das Bewusstsein wichtig, dass es nicht nur einen richtigen Weg gibt, da auch Europa sich aufgrund der Geschichte und anderen kulturellen Einflüssen zu dem entwickelt hat, was es heute ist.

Das endgültige Ziel sollte hier das Vertrauen, die Vertrautheit mit dem Gegenüber und das gegenseitige Trauen sein. Dies sei jedoch nur möglich, wenn beide Parteien verlässliche Alltagsreaktionen aufeinander zeigen, da nur so gemeinsame Verhaltensmuster ausgebildet werden können. Hier sind Gewohnheiten und Gemeinsamkeiten im kulturellen Verhalten entscheidend.

Der dritte Punkt beschäftigte sich mit der Konfliktlösung in diesem Bereich. Hierzu wurden bewegliche Parameter herangezogen, die in unterschiedlichem Ausmaß das Konfliktpotential eher verstärken oder vermindern und sich gegenseitig beeinflussen.

Ein solcher Parameter ist bspw. der Gegensatz von Nähe und Distanz. Größere Nähe kann zu einer Verminderung des Konfliktpotentials führen, dies kann aber auch durch größere Distanz der Fall sein.

Ein weiterer Parameter ist die quantitative Relation, also die Anzahl der Konfliktsituationen und Begegnungen. Zusätzliche Parameter sind die Unterschiedlichkeit, die Dauer des Konflikts und die Vertrautheit der Beteiligten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass unterschiedliche Gesellschaften unterschiedliche Gewohnheiten haben, die dazu dienen, eine Situation nicht immer neu bewerten zu müssen. Die Akzeptanz anderer Gesellschaften bzw. das Vertrauen anderen gegenüber prägen das Stresspotential einer kulturellen oder sozialen Begegnung. All diese Konflikte sind individuell und sind somit auch je nach Sachlage unterschiedlich zu lösen.

Audit familienfreundliche Gemeinde: Der kommunalpolitische Prozess für österreichische Gemeinden, Marktgemeinden und Städte zum attraktiven Lebensraum für alle Generationen

Elisabeth Wenzl

Die Geschäftsführerin der „Familie und Beruf Management“ GmbH stellte das Audit familienfreundliche Gemeinde vor, welches sich zu 100 Prozent im Eigentum des Familienministeriums befindet.

Dieses Audit ist eine österreichweite Initiative, die sich mit Gemeinden beschäftigt, jedoch können auch andere Initiativen miteinbezogen werden. Dieses Programm wurde bereits in 380 Gemeinden verwirklicht. 2,2 Millionen Menschen leben bereits in einer familienfreundlichen Gemeinde.

Es gibt hier eine Zusammenarbeit mit der UNICEF, übrigens die weltweit einzige Kooperation dieser Art. Dies kommt auch den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sehr zugute. Bei dieser Initiative geht es um den Standortfaktor Familienfreundlichkeit. Dieser ist deswegen von so hoher Attraktivität, weil jede Person Familie hat und dadurch jede/r in einer Gemeinde gewisse familienfreundliche Gegebenheiten vorfinden will. Wenn diese vorhanden sind, werden sich eher Familien ansiedeln als abwandern. Hierbei wird regional gearbeitet, um die individuellen Wünsche einer jeden Gemeinde zu berücksichtigen.

Der Standortfaktor wird geprägt von der Lebensrealität der Familien, dem demografischen Wandel innerhalb der Bevölkerung, der Abwanderung, dem Fachkräftemangel innerhalb der Gemeinde, dem Anstieg der Frauenerwerbsquote und auch von der Migration.

Das Ziel des Programmes ist es, die Gemeinde zu unterstützen, um die Familien- und Kinderfreundlichkeit bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Dabei sollen die Bürger/innen aller Generationen aktiv eingebunden werden.

Das Prozedere ist wie folgt aufgebaut: Zuerst wird der Ist-Zustand durch gezielte Fragestel-

lungen erfasst. Dies passiert durch aktive Bürger/innenbeteiligung in Form von Beantwortung von Fragebögen. Hierbei wird ebenso die Entwicklungsbeobachtung berücksichtigt. Nach dem Projektstart arbeitet man in unterschiedlichen Handlungsfeldern, wie z.B. Beratung, Betreuung, Gesundheit, Bildung etc., und nach unterschiedlichen Lebensphasen der Menschen, also Kindheit, Jugend, Erwachsenenalter und Alter. Diese beiden Gebiete des Programms werden je nach Bedarf der Gemeinde in einem Koordinatensystem aufgeschlüsselt, was zur Individualität jedes Projekts führt. Dieser Prozess wird durch erfahrene Expert/innen begleitet und die Gemeinde erhält nach Abschluss ein Zertifikat und darf die Bezeichnung „familienfreundliche Gemeinde“ tragen.

Diskussion

Nach Abschluss der Vorträge wurden folgende Fragen der Workshopteilnehmer/innen diskutiert (eine Auswahl):

Frage: Gibt es ein europäisches Demokratieverständnis auf Grundlage des Gesellschaftsverständnisses und gibt es aufgrund der österreichischen Entwicklung überhaupt österreichische Werte?

Dr. Mazal: Europa hat durch die Gewaltenteilung nach Montesquieu gelernt, dass keine Gewalt totalitär funktionieren kann und auch unsere Sozialpolitik darauf basiert. Nur, wenn die „rule of law“ akzeptiert wird und soziale Sicherheit vorliegt, können wir auch andere Kulturen verstehen und akzeptieren. Jedoch muss dies jede Generation für sich neu entscheiden und denken. Wir müssen uns zuerst selbst kennen, um gute Nachbar/innen, Familienmitglieder, Bürger/innen etc. zu sein.

Frage: Ist eine Zertifizierung durch das Audit notwendig, damit Gemeinden diesen Gedanken umsetzen?

Mag. Wenzl: Das Audit ist etwas Konkretes und Strukturiertes, wobei es nicht nur um die konkreten Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, geht, sondern darum, Verbesserungen organisiert anzugehen. Wenn dies erreicht wurde, ist es der Gemeinde erfahrungsgemäß auch ein Anliegen dies zu präsentieren, was durch eine Zertifizierung gut sichtbar gemacht werden kann.

Frage: Gibt es einen Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Bereichen?

Mag. Wenzl: Bürger/innenbeteiligung im städtischen Raum ist zwar schwieriger, funktioniert aber trotzdem. Hier muss die Unterstützung des Verwaltungsapparates gegeben sein, da es überall andere Strukturen und Bedingungen gibt.

Frage: Werden im Rahmen des Audit-Prozesses explizit Migrant/innen und Flüchtlinge einbezogen?

Mag. Wenzl: Migrant/innen werden als konkrete Zielgruppe schwerer erreicht, da es zu diesem Thema keine Faktenlage gibt, nach der man arbeiten könnte. Grundsätzlich sollten alle angesprochen sein, ohne zu stigmatisieren. Reagierend auf die aktuelle Flüchtlingssituation ist es in den Gemeinden oft noch festzulegen, wer diese Menschen repräsentiert und wie sie angesprochen werden.

Workshop 5: Herausforderungen der gesundheitlichen Versorgung von Migrantinnen und Migranten

Zahlen, Daten, Fakten und Erfahrungen – Flucht und Migration aus Sicht der sozialen Krankenversicherungen

Tanja Weiss

Eine genaue Trennung zwischen den verschiedenen Kategorien (Flüchtlinge ohne gestellten Asylantrag, Asylwerber/innen, Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte bis hin zu Migrant/innen) ist rechtlich notwendig, da mit diesen unterschiedliche sozialversicherungsrechtlich relevante Situationen verbunden sind.

Ein Flüchtling, der/die sich in Österreich nur auf der Durchreise befindet und keinen Asylantrag stellt, hat aus Sicht der sozialen Krankenversicherung (KV) keinen Anspruch auf Versorgung. Jegliche Versorgung muss privat bzw. durch NGOs erfolgen, weshalb diese Personengruppe aus Sicht der gesetzlichen KV nicht relevant ist. Ab dem Zeitpunkt, an dem ein Asylantrag gestellt wird, erfolgt die Aufnahme der Person in die Grundversorgung. Die Asylwerber/innen werden bei der örtlich zuständigen Gebietskrankenkassa versichert, haben aber keinen Anspruch auf Geldleistungen und erhalten in manchen Bundesländern auch keine E-Card. Bei Erhalt eines positiven Bescheids ist der Verbleib in der Grundversorgung bis höchstens vier Monate möglich. Danach ist eine Krankenversicherung durch Mitversicherung, Selbstversicherung oder durch ein Dienstverhältnis möglich. Es gibt zu diesem Zeitpunkt keinen rechtlich relevanten Unterschied zur österreichischen Mehrheitsbevölkerung.

Wenn bei einem negativen Bescheid die Rückreise aus humanitären Gründen nicht möglich ist, da damit eine Gefährdung des Lebens verbunden wäre, wird subsidiärer Schutz gewährt. Beim subsidiären Schutzstatus ist die Hilfsbedürftigkeit entscheidend. Hilfsbedürftigkeit ist gegeben, wenn die Lebensführung für sich selbst und Angehörige nicht ausreichend bewältigt werden kann. Wenn eine solche als nicht mehr gegeben angesehen wird, endet die Grundversorgung. Die zeitliche Begrenzung auf vier Monate ist aber im Unterschied zu anerkannten Flüchtlingen nicht vorhanden.

Sobald geflüchtete Menschen ein unbefristetes Aufenthaltsrecht in Österreich haben oder sich in Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft befinden, gehen diese in die Kategorie der Migrant/innen auf. Sie haben rechtlich die gleichen Ansprüche wie die österreichische Mehrheitsbevölkerung. Es kommt ihnen daher der gleiche Versicherungsschutz und Leistungsanspruch zu. Hier gilt der sozialversicherungsrechtliche Grundsatz, dass für alle Versicherten der gleiche Anspruch auf Sachleistungen besteht. Wenn eine gesetzliche Sozialversicherung (SV) besteht, haben alle Personen den gleichen Anspruch, unabhängig welches Verhältnis zur SV führte.

Herausforderungen und Antworten für die gesundheitliche Versorgung aus Sicht der OÖGKK

Katharina Siegl

Bei geflüchteten Menschen besteht zumeist ein hoher Bedarf an akuter Versorgung aufgrund von Verletzungen und Erkrankungen sowie an psychischer Betreuung aufgrund von Flucht- und Kriegserfahrungen. Sprachbarrieren sind hierbei oftmals ein zentrales Problem. Das Zurückgreifen auf Vermittler/innen, z.B. Organisationen wie die CARITAS, ist für die Krankenkasse ebenso wichtig und unerlässlich wie das Vorhandensein von Strukturen z.B. in Form von ausreichenden Sprachkursen.

Bei Migrant/innen, also Personen mit unbefristetem Aufenthaltsrecht oder österreichischer Staatsbürgerschaft, handelt es sich um eine sehr heterogene Gruppe, die weiter gestreut ist als die österreichische Mehrheitsbevölkerung. Einerseits ist diese Gruppe durch soziale Ausgrenzung und Diskriminierung geprägt, andererseits – und damit teilweise auch kausal in Verbindung stehend – ist eine der Folgen der Ausgrenzung eine mangelnde Integration(-smöglichkeit). Sprachprobleme und eine geringe compliance stellen ebenfalls Schwierigkeiten in Bezug auf den Gesundheitszustand von Migrant/innen da. In der Kategorie der Migrant/innen ist die Konzentration und Ausrichtung auf besonders vulnerable Gruppen wichtig. Hier zeigt sich eine erhöhte Prävalenz zu psychischen Krankheiten und physischen Krankheiten mit starker psychischer Konnotation (z.B. Magen-Darm-Erkrankungen), aber auch häufigere Rücken- bzw. Wirbelsäulenprobleme, die trotz des jüngeren Alters vermehrt auftreten. Zudem nehmen Angehörige der vulnerablen Gruppe weniger Vorsorgeleistungen in Anspruch. Krankheiten werden tendenziell häufiger verschleppt und die Gesundheitskompetenz im Sinne eines Systemverständnisses zeigt Lücken auf.

Den eben beschriebenen Herausforderungen wird im Rahmen von unterschiedlichen Projekten und Angeboten begegnet. Deutschkursunterlagen zum Thema „Gesundheit! Arbeitsblätter für Deutsch- und Integrationskurse“ werden in OÖ von Seiten der OÖGKK zur Verfügung gestellt. Zudem werden Projekte wie das Therapie-Zentrum OASIS der Volkshilfe OÖ und „MiMi – Mit Migrant/innen für Migrant/innen“ gefördert. Bei MiMi handelt es sich um ein Projekt, bei welchem sozial engagierte Migrant/innen in einem Lehrgang zu Gesundheitslots/innen ausgebildet werden und nach Abschluss der Ausbildung Informationsveranstaltungen in ihrer Muttersprache anbieten.

Außerdem gibt es von Seiten der OÖGKK für Vereine das Angebot bei Bedarf einen Workshop, u.a. zu Themen des Versicherungsschutzes und der Gesundheitsversorgung, in Form eines „Rufseminars“ abzuhalten. Neben den speziellen Förderungen ist eine der Strategien der OÖGKK das Mainstreaming der großen Gesundheitsförderungsprogramme, wie etwa im Rahmen von schulischer und betrieblicher Gesundheitsförderung und Programme für ein gesundes Körpergewicht ab der Kindheit.

Diskussion

Den beiden Inputs folgte ein interaktiver Teil, bei welchem in zwei parallel ablaufenden Gesprächsrunden diskutiert wurde, wie einerseits die Gesundheitskompetenz von Migrant/innen gestärkt werden kann und andererseits wie Asylwerber/innen bei der Orientierung im

Gesundheitssystem besser unterstützt werden können.

Um Gesundheitskompetenz von Migrant/innen zu steigern, wurden verschiedene Punkte in die Diskussion eingebracht. Unter anderem wurden das Reflektieren eines anderen Verständnisses von Medikation, Operation, gesammeltes Wissen über ein anderes Gesundheitssystem (im Kontext von vermehrter Kultursensibilität) thematisiert. Anknüpfungspunkte zur Wissensvermittlung bzw. zum Wissensaustausch stellen muttersprachliche Angebote mit Bezugnahme auf Kindergesundheit sowie eine generelle Thematisierung von Gesundheit in Deutschkursen dar. An einigen Punkten wurde in der Diskussion zudem erwähnt, dass unterschiedliche Angebote und Strategien der Bundesländer zur Verwirrung beitragen können. Förderungen könnten auch in Form von Ausnahmen von Regelungen bestehen, wie etwa Nachsicht/Nachlass der Schulung bei Diabetes. Auch die Beschäftigung von Krankenhausmitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund wurde als mögliches Mittel zum Barriereabbau genannt. Gesundheitszentren, Schaffung von Instrumenten wie Factsheets, ausreichende Subventionierung von z.B. Dolmetschleistungen und Communityarbeit wurden ebenso thematisiert.

Auf der anderen Seite des Raums wurde zeitgleich von den Workshopteilnehmer/innen überlegt, welche Maßnahmen zur Orientierung im Gesundheitssystem als wichtig erachtet werden. Dolmetschen war hierbei beide Male ein zentrales Thema. Videodolmetschen ist eine Kostenfrage und da die Ressourcen bei kleineren Vereinen fehlen, handelt es sich hierbei um einen Systemfehler. Bei Fachärzt/innen ist die Bereitschaft Dolmetscher/innen zu akzeptieren sehr wichtig; Fortbildungsprogramme für den niedergelassenen Bereich sind zu forcieren. Bessere Ressourcenverteilung wäre effizient, ebenso Überlegungen wie auf Asylwerber/innen und das Verständnis von Gesundheitssystemen in den Herkunftsländern eingegangen werden kann (z.B. ob dort Hausärzt/innen vorhanden sind oder der Fokus auf die Versorgung in Spitälern gelegt wird, ob ein anderes Verständnis von Medikation vorliegt, die Bedeutung von OPs etc.). Ein sensibles Verständnis für Ressentiments und Misstrauen sind angesichts der erlebten Kriegs- und Fluchterfahrungen nachvollziehbar, Informationen können dadurch auch manchmal schwerer angenommen werden.

Zusammenfassung

In den beiden Vorträgen wurden die rechtlichen Aspekte bei der gesundheitlichen Versorgung von verschiedenen Gruppen von Menschen (von Asylwerber/innen bis zu Migrant/innen der zweiten Generation) erörtert. Zudem wurde ein Überblick über die verschiedenen Ansprüche auf Versicherungen und Leistungen gegeben und Zusammenhänge zwischen Migration und Gesundheit betrachtet. Auch bei rechtlicher Gleichstellung lassen sich zwischen geflüchteten Menschen und Migrant/innen im Vergleich zu Nicht-Migrant/innen Unterschiede im Gesundheitszustand und im Zugang zu Versorgungsleistungen erkennen. Neben Sprachbarrieren führen auch andere kulturell erlernte Praktiken zu diesen Unterschieden. Die Wichtigkeit des Themas Integration im Gesundheitswesen kann hierbei nicht genug betont werden.

RAHMENPROGRAMM

Cafe Nachbarschaften



In der Initiative „Auf gesunde Nachbarschaft!“ geht es um das unterstützende Miteinander in Gemeinden und Städten, wie soziale Unterstützung und Teilhabe gefördert und wie das nachbarschaftliche Umfeld und die Gemeinschaft gesundheitsfördernd gestaltet werden können.

Als Symbol dafür steht das Nachbarschafts-Cafe. Es ist ein Ort, an dem man sich über die Initiative informieren kann, an dem man sein Wissen und seine Erfahrungen zum Thema austauschen kann, oder an dem man sich auch mal ausruhen und plaudern kann.

Bei Konferenzen und Veranstaltungen sind die Mitarbeiter/innen der Initiative „Auf gesunde Nachbarschaft!“ mit dem Nachbarschafts-Cafe vor Ort und versuchen damit, die Botschaft der Initiative weiterzutragen.



Tabakpräventionsinitiative – Infostand

Die erfolgreiche Tabakpräventionsinitiative (TPI) des Fonds Gesundes Österreich zeigt, wie Kinder und Jugendliche zu einem rauchfreien Leben motiviert werden.

Dass Rauchen ernsthafte gesundheitliche Schäden verursachen kann, ist Kindern und Jugendlichen durchaus bewusst. Dennoch liegen für sie die schädlichen Auswirkungen des Tabakkonsums noch in ferner Zukunft, sind somit nicht unmittelbar erfahrbar. Heute weiß man, dass hier starke Rahmenbedingungen, wie Rauchverbote, oder Tabaksteuererhöhungen schützen. Entsprechende Maßnahmen sind in Österreich in der Umsetzung, wie das Rauchverbot in der Gastronomie, die neue Suchtpräventionsstrategie, oder die seit 2015 laufende Tabakpräventionsinitiative „Leb’ dein Leben. Ohne Rauch. YOLO!“ für Kinder und Jugendliche (TPI).

Tabakprävention, partizipativ, setting- und zielgruppenorientiert

Ziel der Initiative ist es, den Raucheinstieg so früh wie möglich zu verhindern. Zielgruppe sind deshalb die 10-14-Jährigen. Basis für die Umsetzung war die wissenschaftlich untermauerte Erkenntnis, dass reine Medienkampagnen wenig nachweisbare Wirkung zeigen. Für die TPI entstanden deshalb Initiativen-Maßnahmen, die partizipativ mit Jugendlichen entwickelt wurden:

Wie zum Beispiel ein österreichweit laufender, webbasierter Klassenwettbewerb, oder sind Kurzinterventionen für Eltern bei den Elternsprechtagen, und das nachhaltige und über 4 Jahre in den Schulen laufende Lebenskompetenzprogramm „plus“ der ARGE Suchtvorbeugung.

Das Interesse war im ersten Initiativenjahr bereits entsprechend groß. Die Unterrichtsmaterialien für Lehrer/innen wurden über 50.000 Mal downgeloadet. An den „Schall ohne Rauch“ Abschluss Events nahmen über 2.000 Kinder und Jugendliche teil und in den sozialen Netzwerken waren knapp 25.000 aktiv. Insgesamt gelangten über 250.000 Elternratgeber zu den Ärzten und Apotheken. Auch 2016 setzte die Initiative vertiefend an die bewährten Handlungsstränge und Ebenen an. Zusätzlich wurde neben Facebook und Instagram auch mit weiteren Social Media Channels experimentiert, um die schnelle, mobile Kommunikation der Jugendlichen aktiv für die Gesundheitsförderung zu nützen. Als Multiplikator/innen wurden außerdem „Influencer“ aus dem Web, wie Gamer und Youtube-Stars, die Nichtraucher cool finden, gewonnen.

Beim Infostand der Tabakpräventionsinitiative „Leb´ dein Leben. Ohne Rauch. YOLO!“ gab es

- Infos zu den einzelnen Initiativen-Maßnahmen
- Gespräche mit Expert/innen zum Thema „Nichtrauchen“
- 10 Tipps für Eltern und Großeltern zum Thema „Rauchen“
- Aufkleber, Bleistifte und Turnbeutel zum Mitnehmen
- Give Aways und T-Shirts für Kinder und Jugendliche



ÖPGK (Österreichische Plattform Gesundheitskompetenz) Infostand

Gesundheitskompetenz ist eine Schlüsseldeterminante von Gesundheit (WHO 2013). Eine hohe persönliche Gesundheitskompetenz und die verständliche Gestaltung von Gesundheitsinformationen tragen dazu bei, Fragen der körperlichen und psychischen Gesundheit besser zu verstehen und gute gesundheitsrelevante Entscheidungen zu treffen.

Im internationalen Vergleich ist es um die Gesundheitskompetenz der Österreicherinnen und Österreicher nicht gut bestellt. (HLS-EU, 2011) „Die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung stärken“, ist deshalb eines der 10 österreichischen Gesundheitsziele. Die im Fonds Gesundes Österreich angesiedelte Österreichische Plattform Gesundheitskompetenz ist für die Umsetzung dieses Ziels zuständig.

Gesundheitskompetente Menschen sind in der Lage, Informationen

- zu finden,
- zu verstehen,
- zu beurteilen und
- anzuwenden.

Dementsprechend stand das erste Schwerpunktjahr der ÖPGK im Zeichen der Kommunikation und Vernetzung. Innerhalb eines Jahres haben sich 24 Mitglieder mit ihren Projekten zum Thema „Gesundheitskompetenz“ in der ÖPGK vernetzt. Ziel ist es, ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln, Erfahrungen auszutauschen und in vielen Gesellschafts- und Politikbereichen aktiv zu sein. Während der FGÖ-Gesundheitsförderungskonferenz konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am ÖPGK Stand:

- mehr zum Thema Gesundheitskompetenz erfahren
- sich über die Inhalte der Plattform informieren
- die eigenen Projekte mit Expert/innen diskutieren
- sich die Vorteile der Mitgliedschaft in der ÖPGK erklären lassen
- Infomaterialien zum Nachblättern mit nach Hause nehmen

Alle Informationen zur Österreichischen Plattform Gesundheitskompetenz gibt es auf oepgk.at



Derwisch erzählt

„Derwisch erzählt“ ist ein ERZÄHL-Theater mit heiteren und pointierten Geschichten interkulturellen Inhaltes in Bezug auf alltägliche Erlebnisse zwischen den heimischen und fremden Kulturen in Österreich.

Aret Aleksanyan stellt sich mit seinem DERWISCH den Anspruch, den Wandel unserer Gesellschaft wahrzunehmen und setzt sich damit in einem lustvollen, komödiantischen Stil auseinander. Dass ein schwieriges Thema wie Integration höchst unterhaltsam wie auch kritisch sein und sowohl bei Erwachsenen als auch bei Jugendlichen großartig ankommen kann, beweist dieses Programm. Eine brillante Balance zwischen köstlichem Humor und anspruchsvoller Unterhaltung.



Aret ALEKSANYAN

mail: office@derwisch.net

Tel: 0676 - 940 89 30

www.derwisch.net

Kunstwerke von Geflüchteten OÖ Plakatwanderausstellung



Teilergebnisse aus dem FGÖ geförderten Projekt „Puenta“ des Zentrums für Frauengesundheit der Caritas der Erzdiözese Wien. Leitung: Frau Sigrid Wisticil

TAGUNGSMODERATION



MAG. GABRIELE SAX

Gesundheit Österreich GmbH, Abteilung Gesundheit und Gesellschaft
Studium der Wirtschaftsinformatik. Zusatzausbildung in Organisationsentwicklungsberatung beim Österreichischen Arbeitskreis für Gruppentherapie und Gruppendynamik (ÖAGG); Projektleiterin der Kompetenzstelle Mundgesundheit und als solche Mitglied im Council of European Chief Dental Officers; seit 2001 Mitglied im Executive Board des Councils; Begleitung des Prozesses zur Neuausrichtung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und verschiedener Strategieentwicklungsprozesse des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG).

MODERATORINNEN WORKSHOPS



MAG. MARGIT BAUER

Psychologische Pädagogin, Unternehmerin Fa. LQ², Unternehmensberaterin, tätig in der Projekt- und Organisationsentwicklung und im Changemanagement; Moderatorin in Teamentwicklungsprozessen und bei Veranstaltungen; Behandlungstätigkeit im Bereich energetischer Heilweisen; Trainerin für Moderation, Kommunikation und Konfliktmanagement, Genderkompetenzen, Gesundheitsbewusstsein, betriebliche und regionale Gesundheitsförderung, visuelle Kommunikation. Trainerin für den Fonds Gesundes Österreich in den Ausbildungen zur Gesundheitszirkel-Moderation (seit 2006) und zum/zur BGF-Projektleiter/in (Projektmanagement, 2011-2012), Konzipierung und Umsetzung des Seminars „Gesundes Führen“ (seit 2008).



DR. SABINE HAAS

Gesundheit Österreich GmbH, Wien; Studium der Soziologie an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien; Doktoratsstudium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Wien - Studienzweig Soziologie; 1987 bis 1994 Mitarbeiterin am Ludwig Boltzmann-Institut für Medizinsoziologie (Arbeitsschwerpunkt HIV/AIDS), seit 1995 am Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG; nunmehr Gesundheit Österreich GmbH / Geschäftsbereich ÖBIG) tätig; langjährige Koordinatorin des Arbeitsbereichs Prävention; stellvertretende Leiterin der Abteilung Gesundheit und Gesellschaft; nach langjährigen Arbeiten zu den Themen Drogen/Sucht in den letzten Jahren vor allem mit Grundlagen von (struktureller) Prävention und Gesundheitsförderung, Strategien zur intersektoralen Verankerung/Berücksichtigung von Gesundheit (insbesondere Fokus auf Gesundheitszielentwicklung sowie Gesundheitsfolgenabschätzung) sowie mit den sozioökonomischen Determinanten der Gesundheit bzw. dem Thema Gesundheitliche Chancengerechtigkeit befasst; seit 2011 intensive Befassung mit dem Thema Frühe Hilfen, seit Jänner 2015 Leiterin des neu eingerichteten Nationalen Zentrums Frühe Hilfen an der GÖG.



ANNA KRAPPINGER, MA, FONDS GESUNDES ÖSTERREICH

ist seit dem Abschluss ihres Masterstudiums „Gesundheitsmanagement im Tourismus“ an der FH JOANNEUM in Bad Gleichenberg im Fonds Gesundes Österreich, ein Geschäftsbereich der Gesundheit Österreich GmbH, tätig. Im Zeitraum 2011–2013 unterstützte sie die Geschäftsstelle als Projektassistentin und im Fördermanagement. Seit 2014 ist sie als Gesundheitsreferentin insbesondere für den Themenbereich kommunale Gesundheitsförderung zuständig. Darüber hinaus zählen die fachliche Unterstützung der Koordinationsstelle Vorsorgemittel sowie die Leitung der Nationalen Kontaktstelle für die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung zu Ihren Arbeitsbereichen an der GÖG.



MAG. SILVIA TUTTNER

Studium Gesundheitsmanagement und Gesundheitsförderung an der Fachhochschule Burgenland; von 2010-2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fachhochschule Burgenland mit den Forschungsschwerpunkten Kommunale Gesundheitsförderung und Gesundheitsförderliche Gesamtpolitik (Health in All Policies); Lehrtätigkeit an der Fachhochschule im Bereich der praxisorientierten Gesundheitsförderung; Durchführung von Vorträgen im internationalen Rahmen; Workshops im Bereich Gesundheitsförderung. Seit 2013 Regionalmanagerin im Projekt „Gesundes Dorf Burgenland“ als Mitarbeiterin des Vereins für prophylaktische Gesundheitsarbeit (PGA). Aktuelle Arbeitsschwerpunkte: nachhaltige Gesundheitsförderung im kommunalen Setting, Jugendgesundheitsförderung und Förderberatung im Rahmen gemeindebezogener Gesundheitsförderungsprojekte.



DIPL. ING. MARION WEIGL

Gesundheit Österreich GmbH, Wien; Studium der Ökologie an der Universität für Bodenkultur; 1994/95 Mitarbeiterin von MECCA im Bereich ökologischer Forschung; 1996/1997 Konsulentin von ETECH im Bereich EU-Forschungsprojekte; seit 1997 am Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG; nunmehr Gesundheit Österreich GmbH / Geschäftsbereich ÖBIG) tätig; langjährige Koordinatorin des österreichischen REITOX Focal Points der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht; stellvertretende Leiterin der Abteilung Kompetenzzentrum Sucht; nach langjährigen Arbeiten zu den Themen Drogen/Sucht in den letzten Jahren ergänzend zunehmend auch mit Grundlagen von (struktureller) Prävention und Gesundheitsförderung, Kinder- und Jugendgesundheit sowie Fragen rund um das Thema Migration und Gesundheit befasst; seit 2011 intensive Befassung mit dem Thema Frühe Hilfen, Mitglied des Teams des mit Jänner 2015 neu eingerichteten Nationalen Zentrums Frühe Hilfen an der GÖG.



MAG. PETRA ZYKAN, MPH

WiG Wiener Gesundheitsförderung; Studium der Pflegewissenschaft an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien, Postgradualer Hochschullehrgang „Public Health“ der Medizinischen Universität Wien und Universität Wien, zertifizierte Projekt-Managerin nach ISO 17024. Seit 2014 Gesundheitsreferentin bei der Wiener Gesundheitsförderung, Projektleiterin für das Rollout „Jugendgesundheitskonferenzen“ in zwölf Wiener Bezirken. Zuvor Praxismitarbeiterin am Institut für Frauen- und Männergesundheit FEM/MEN in der betrieblichen Gesundheitsförderung und am Forschungsinstitut des Roten Kreuzes in der regionalen Gesundheitsförderung. Jahrelange Erfahrung im Bereich Kommunikation des geriatrischen Pflegekrankenhauses Haus der Barmherzigkeit.

REFERENTINNEN UND REFERENTEN



BGM. ISABELLA BLAHA

Beruflicher Werdegang: 1968 Laborassistentin der staatlichen Bundeslehranstalt für Veterinärmedizin in Innsbruck, ab 1971 Tätigkeiten in der Tourismuswirtschaft, darunter Büro- und Rezeptionsmitarbeiterin im Hotel Lärchenhof in Seefeld, geschäftsführende Leiterin im Hotel Bergland Ötztal. 1973 – 1988 Einkäuferin, Sachgebietsbetreuerin und Assistentin des kaufmännischen Direktors der Firma Trentini & Chemische Industrie u. Edelmetallgekrätzhütte. 1973 – 1988 Administrative Aufgaben im Konsulat der Niederlande in Innsbruck. Ab 1988 Gemeindesekretärin der Gemeinde Scharnitz. 1991 – 2010 Amtsleiterin der Gemeinde Scharnitz. Ab 2010 Bürgermeisterin der Gemeinde Scharnitz.



DI AGNES FEIGL

DI Agnes Feigl, Jg. 1973, selbständige Landschaftsarchitektin in Tulln an der Donau, Absolventin der BOKU Wien, Lehrbeauftragte an der Università della Svizzera italiana in Lugano/Schweiz. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich Bewegung und Erholung in der Landschaft sowie wertorientierte Tourismusentwicklung. Sie verfügt über 15 Jahre Erfahrung in der partizipativen Projektentwicklung mit Gemeinden und Regionen. 2014 gründete Agnes Feigl den Verein union sport.your.space gemeinsam mit einer Sportwissenschaftlerin und einer Sozialarbeiterin. Der Verein setzt mit Unterstützung des Fonds Gesundes Österreich in vier niederösterreichischen Städten ein Pilotprojekt zur Förderung von Jugendsport und -bewegung im öffentlichen Freiraum um.



DR. KATHARINA GLAWISCHNIG

Katharina Glawischnig studierte Rechtswissenschaften und Internationale Entwicklung. Drei Jahre war sie als Rechtsberaterin beim Verein Ute Bock – Wohn- und Integrationsprojekt tätig. Seit zwei Jahren arbeitet sie bei der asylkoordination österreich, koordiniert das Netzwerk der Betreuungsstellen für unbegleitete minderjährige Fremde (UMF) und leitet mehrere Arbeitsgruppen zum Thema UMF. Das Arbeitsfeld von Frau Glawischnig umfasst die Vernetzung, die Informationssammlung und insbesondere die Menschenrechtsarbeit und das Lobbying für Kinderflüchtlinge. Als Expertin zum Thema Unbegleitete minderjährige Fremde ist sie Mitglied des Leitungsteams des Netzwerks Kinderrechte/National Coalition und Mitglied im steering committee des Separated Children in Europe Programme (SCEP). Für das Familienministerium leitet sie die Projektgruppe zu asylsuchenden Kindern des Kinderrechte Boards. Seit Beginn des Jahres hat Frau Glawischnig weiters den Verein KUI aufgebaut, welcher sich der Unterbringung von UMF bei Gastfamilien widmet.



DIP.ING. DR. KARIN GRASENICK

Karin Grasenick arbeitet an Fragen der guten Zusammenarbeit unterschiedlicher Zielgruppen; in Vereinen, Regionen, Unternehmen, in der öffentlichen Verwaltung und in Förderagenturen. Sie gestaltet Strategie- und Veränderungs-Prozesse und moderiert in diesem Rahmen Veranstaltungen, Workshops sowie Fokusgruppen. Sie setzt dabei ihre Kenntnisse und langjährige Erfahrung im Diversity-, Change- und Konflikt-Management ebenso ein, wie ihr fundiertes mathematisches und sozialwissenschaftliches Methoden Know-how. Als Moderatorin, Mediatorin, Coach, Trainerin und Vortragende vermittelt sie Grundlagen für ein gutes Gelingen u.a. für „Gesundheitsmanagement aus Zielgruppenperspektive“ (deutsche Hochschulen), „Diversity Management“ (Technische Universität Graz), „Group Dynamics and Trans-Cultural Learning“ (internationaler Lehrgang „Management of Protected Areas“ an der Alpe Adria Universität Klagenfurt), Mentoring für Führungskräfte und Mentees (MentoringPLUS-Programm der Karl Franzens Universität Graz). Gemeinsam mit Susi Khalil hat sie den Verein spielFELD – Verein zur Förderung gelebter Vielfalt gegründet.



MICHAELA GRUBMÜLLER

Michaela Grubmüller ist Leiterin des Projektes ZUSAMMEN:ÖSTERREICH, einer Initiative von Bundesminister Sebastian Kurz. Darüber hinaus leitet sie seit Juli 2015 das Team Integrationsprogramme, welches Stipendienprogramme und die Organisation und Abwicklung integrationsrelevanter Preise umfasst. Michaela Grubmüller arbeitete davor im Bereich Kommunikation und Politik.



BGM. RENATE HABELER

Renate Habetler (geb. am 14.1.1964), seit 2011 Bürgermeisterin der Marktgemeinde Bernstein im südlichen Burgenland. Nach dem Studium (Haushalts- u. Ernährungswissenschaften und Geschichte) hauptberuflich in der familieneigenen Edelserpentinwerkstätte als Serpentinkauffrau tätig. Projektleiterin: „Gemeinsam gesund im Bezirk“; „Gemeinsam gesund alt werden“; „Bewegt im Park“; „Asylwerber in der Gemeinde - Herausforderung, Integration“.



DR. MARTINA HANDLER

Martina Handler ist Politikwissenschaftlerin und eingetragene Mediatorin für den öffentlichen Bereich (Bau, Umwelt und Planung) und leitet in der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) die Bereiche Partizipation und Green Investment. Martina Handler ist seit vielen Jahren mit den Themen Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltige Entwicklung, Soziale und Demokratische Innovationen, Gender und Diversität befasst, als Forscherin und Beraterin wie auch als Gestalterin und Begleiterin von Beteiligungsprozessen. Sie ist u.a. inhaltlich verantwortlich für die Website www.partizipation.at, die umfassendste Informationsplattform zu Beteiligung im deutschsprachigen Raum (eine Initiative des Bundesministeriums für ein lebenswertes Österreich, BMLFUW). Seit vielen Jahren ist sie auch in der universitären und außeruniversitären Aus- und Weiterbildung tätig (Lehraufträge an der TU Wien, der Universität Graz, Universität für Bodenkultur Wien) und gestaltet Trainings zu Öffentlichkeitsbeteiligung, Konfliktmanagement, partizipativen Methoden, Art of Hosting und Prozessdesign.



SUSI KHALIL, MA, BA

Begleitung von Gemeinde-Prozessen; Netzwerke aufbauen (mit dem spiel-FELD™-Ansatz); Konfliktmanagement und Mediation; Coaching und Projektbegleitung; Leitung von Public Health Prozessen auf kommunaler und regionaler Ebene; Gründung des Vereins „beginnt“, Programmentwicklung „Dinospass“; Langjährige berufliche Auslandserfahrungen in Mittelamerika (Dokumentation zu „Haltung und Verhalten“ in der Maya-Kultur). Ausbildung: Master of Art – Kommunikation, Konfliktmanagement, Akademische Mediatorin, Studium Psychologie (KFU Graz), HW (WU Wien), Erlebnispädagogin, Motopädagogin, Moderatorin, Zahlreiche Zusatzausbildungen in den Bereichen Konfliktmanagement und Diversity Management, Veränderungen und Prozessbegleitung, Moderation



BGM. JOSEF LINDNER

Geb. 11.6.1960 in Freistadt. Beruf: Techn. Angestellter in der Voest Alpine Grobblech GmbH. Bildung: erlernter Beruf: Dreher, Abschluss der Arbeitermittelschule im Jahr 1985, techn. Angestellter. Politische Entwicklung: Bürgermeister der Gemeinde Gutau seit 2003



UNIV. PROF. DR. WOLFGANG MAZAL

Wolfgang Mazal, geboren 1959 in Wien, Promotion 1981. Seit 1992 Universitätsprofessor für Arbeits- und Sozialrecht an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Leiter des Österreichischen Instituts für Familienforschung an der Universität Wien. Breite Forschungstätigkeit sowie zahlreiche wissenschaftliche Publikationen und Vorträge im In- und Ausland zu Fragen des österreichischen und ausländischen Arbeits- und Sozialrechts, des Universitätsrechts, des Medizinrechts und des Familialen Lebens. Zahlreiche Lehr- und Forschungsaufenthalte im Ausland, u.a. in Deutschland, Japan, China und Korea.



MAG. MARTIN OBERBAUER

Mag. Martin Oberbauer, Jahrgang 1967, ist Klinischer, Gesundheits- und Arbeitspsychologe. Nach zwölf Jahren Leitung eines Nachbarschaftszentrums des Wiener Hilfswerks ist er seit 2010 als Freiwilligen-Manager des Wiener Hilfswerks tätig und derzeit für ca. 1.000 Freiwillige, davon mehr als 100 im Flüchtlingshaus des Wiener Hilfswerks, verantwortlich. Seit 1999 organisiert er die Wiener Freiwilligenagentur „Ehrenamtsbörse“, eine Informationsdrehscheibe für freiwilliges Engagement. Für die Interessensgemeinschaft Freiwilligenzentren Österreichs ist er Mitglied im Österreichischen Freiwilligenrat. 2010 gründete er gemeinsam mit Kolleg/innen verschiedener Vereine die Wiener Plattform für Freiwilligenkoordinator/innen. Seither wirkt er als deren Obmann an der Weiterentwicklung von Qualitätsstandards in der Freiwilligenarbeit mit und engagiert sich für entsprechende Strukturen und Abläufe in den Freiwilligenorganisationen. Weiters berät und unterstützt er gemeinnützige Organisationen beim Aufbau eines zeitgemäßen Freiwilligen-Managements und ist seit 2014 Leiter des jährlich durchgeführten Lehrgangs „Freiwilligenkoordination“ in der Kardinal König Akademie. Seit 2016 ist er Lehrbeauftragter im Studiengang „Aging Services Management“ der Ferdinand Porsche FernFH zum Thema Grundlagen der Freiwilligenarbeit.



MAG. WILFRIED SCHEIDL

Wilfried Scheidl, Jahrgang 1969, ist vom Grundberuf her kath. Theologe (Studium in Wien und Innsbruck); später berufsbegleitend Ausbildung zum dipl. Sozialarbeiter. Nach einigen Jahren in der Seelsorge 1998 Wechsel in die Sozialarbeit: Arbeit in einer Einrichtung der Caritas Wien für junge wohnungslose Frauen und Männer; seit 2003 in der Caritas OÖ tätig. Dort 2003-2007 Leiter einer Wohneinrichtung der Caritas im Bereich der psychosozialen Nachsorge. Seit 2007 Mitarbeiter der RegionalCaritas OÖ, seit 2014 Leitung dieser Abteilung: verantwortlich u.a. für den Bereich Freiwilliges Engagement in der Caritas OÖ und Unterstützung des sozialkaritativen Engagements in den kath. Pfarrgemeinden der Diözese Linz. Daneben Auftrag mit dem Team der RegionalCaritas lokale Initiativen in ihrem Engagement zu unterstützen, sofern es sich um soziale Themen handelt. Freiwillig tätig in der Kommunalpolitik, in der Pfarrcaritas und Mitinitiator einer lokalen Initiative zur Unterstützung von Flüchtlingen in Attnang-Puchheim.



DR. BERNHARD SCHNEIDER

Geboren 1969 in Wien; 1987-1994: Diplom- und Doktoratsstudium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien; 1993-1994: Ordentlicher Zivildienst beim Österreichischen Roten Kreuz; 1995-2002: Wirtschaftskammer Wien, Präsidialabteilung. Seit 2002: Österreichisches Rotes Kreuz. Derzeitige Position: Bereichsleiter Recht & Migration, Leiter der Rechtsabteilung. Sonstige migrationsrelevante Tätigkeiten und Funktionen: Vorsitzender des Migrationsnetzwerkes der europäischen Rotkreuzgesellschaften (PERCO); Mitglied der Task Force Migration der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften; Mitglied des Beirats zur Führung der Staatendokumentation beim Bundesministerium für Inneres (BMI); Mitglied des Integrationsbeirats des Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres



BGM. LABG. MARTIN SCHUSTER

Geboren am 30. 05. 1967 in Wien. Martin Schuster ist freier Kommunikationsberater und Werbekaufmann. Seit 1986: Firma Aussenwerbung AG. Seit 2002: Bürgermeister von Perchtoldsdorf



MAG. KATHARINA SIEGL

geboren 1979, studierte Sozialwirtschaft an der Johannes Kepler Universität und arbeitet seit 2009 bei der OÖ Gebietskrankenkasse in der Abteilung Direktionsbüro und Kommunikation. Als Koordinatorin des Kundenbeziehungsmanagements der OÖGKK befasst sie sich seit 2010 auch mit der gesundheitlichen Lage von Migrant/innen. In diesem Zusammenhang hat sie eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Gesundheitskompetenz von Migrant/innen entwickelt und betreut, darunter die Sprachkursunterlagen „Gesundheit!“ für Deutsch- und Integrationskurse. Im Studienjahr 2012/13 gestaltete sie als Lektorin an der JKU gemeinsam mit Studierenden die Wanderausstellung „Gesundheit hier & anderswo“. Seit 2013 ist sie Mitglied einer gemeinsamen Steuerungsgruppe der Sozialversicherungsträger und des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (früher Staatssekretariat für Integration) zum Thema Migration und Gesundheit.



MAG. TANJA WEISS

Absolventin der Rechtswissenschaften an der Johannes Kepler Universität in Linz. Sie ist bei der OÖGKK als Juristin tätig und betreut in der Abteilung Direktionsbüro und Kommunikation ein breites Spektrum an Themen – insbesondere sozialpolitische und versicherungsrechtliche Angelegenheiten, ELGA und eHealth. Seit Herbst 2015 leitet sie die Arbeitsgruppe Asyl der OÖGKK. Diese beschäftigt sich mit der Aufbereitung der aktuellen Rechts- und Sachlage in den Bereichen Versicherungswesen, Leistungswesen und Vertragspartnerbereich, koordiniert sich mit den Systempartnern und beobachtet die aktuellen Entwicklungen im Asylwesen.



MAG. ELISABETH WENZL

Mag. Elisabeth Wenzl ist Juristin und seit Oktober 2011 Geschäftsführerin der Familie & Beruf Management GmbH. Die Gründung dieser gemeinnützigen Einrichtung erfolgte 2006 auf Basis eines EU-Projekts. Das zehnjährige Jubiläum des Internationalen Jahres der Familie und der österreichische Ratsvorsitz Anfang 2006 boten hierfür den optimalen Rahmen. Bereits im Rahmen ihrer Tätigkeiten im Bürgerservice des Bundeskanzleramts sowie in der Kommunikationsabteilung des Finanzministeriums und vor allem als Referentin im Kabinett des Staatssekretariats für Familie und Jugend waren die Herausforderungen und Chancen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stets ein wesentliches Thema. Ziel der aktuellen Arbeit ist die optimale Gestaltung einer familienorientierten Lebens- und Arbeitsumgebung. Zu diesem Zweck konzipiert und entwickelt die Familie & Beruf Management GmbH entsprechende Vereinbarkeitsmaßnahmen, wie Audit-Angebote für Unternehmen, Gemeinden, Hochschulen und Universitäten sowie Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, die Förderung bedarfsgerechter Kinderbetreuung sowie die Organisation des Staatspreises „Familienfreundlichster Betrieb“. Mit langjährigem Know-How wird Unterstützung bei der Entwicklung und nachhaltigen Umsetzung familienfreundlicher Projekte, Information und Beratung, Zugang zu Förderungen sowie medienwirksamen staatlichen Gütezeichen und Auszeichnungen geboten.



MAG. FRANZ WOLF

Franz Wolf ist seit 2013 Geschäftsführer des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF). Der Franz Wolf war von 2011-2012 stellvertretender Büroleiter im Staatssekretariat für Integration von Sebastian Kurz. Von 2009 bis 2011 war er im Kabinett von Innenministerin Dr. Maria Fekter für die Bereiche Asyl, Migration, Menschenrechte und Integration zuständig. In dieser Funktion war er unter anderem auch für die Erstellung des Nationalen Aktionsplans für Integration verantwortlich. Franz Wolf ist seit 2003 im Integrationsbereich aktiv, anfangs auch als Leiter eines Integrationswohnhauses für Flüchtlinge. Franz Wolf absolvierte ein Studium der Internationalen Wirtschaftsbeziehungen. In diesem Zusammenhang sammelte er auch Auslandserfahrungen in Russland, der Ukraine und Indonesien. Ergänzend besuchte er einen Master-Studiengang in Human Resource Management and Organizational Development in Wien.

